

N° 73 **VIEL GLÜCK!** MIGRATION HEUTE
PERSPEKTIVEN AUS WIEN, BELGRAD, ZAGREB UND ISTANBUL

STIMME

VON UND FÜR MINDERHEITEN

NACHRUF AUF DIE STUDIERENDENPROTESTE

Wer hätte das gedacht. Gerade Österreich, das Land der Seligen, das 1968 so gut wie verschlafen hatte, wird zum Vorreiter einer StudentInnenbewegung. Und das durch die Hand gerade jener Generation, der in den letzten Jahren von Politikverdrossenheit bis hin zu totaler Anpassung alles Mögliche vorgeworfen wurde. Mit ihren logistisch klugen und wunderbar organisierten Aktionen haben nun jene, die für party- und karrieregeil gehalten wurden, ältere Generationen eines Besseren belehrt.

Lassen wir einmal die üblich müßige Frage beiseite, ob nämlich die Studierenden mit ihren mehrmals als „utopisch“ bezeichneten Forderungen von der Politik und der großen Öffentlichkeit ernst genommen würden. Rechtzeitig werden sich schon realpolitische „Andockstellen“ in den studentischen Forderungen herauskristalisieren, die anstehenden Verhandlungen mit Berufspolitik und Uni-Verwaltungen als Basis dienen werden. Von großer politischer Bedeutung scheinen mir eher die folgenden drei Punkte zu sein.

Erstens: Wir haben es hier mit einer Bewegung zu tun, die dezentral organisiert ist. Auch für kritische Studierende und Intellektuelle älterer Generationen stellte Basisdemokratie einen wertvollen Grundsatze dar – um diesen zu realisieren, bildeten sie allerdings Zentralausschüsse und Aktionskomitees, die hierarchische Strukturen erst recht hervorriefen. Dezentralität war das Ziel, das nur durch zentralisierten Organisationsaufbau und durch einige sicht- und annehmbare „AnführerInnen“ zu erreichen war. Die große Vorsicht, mit der die StudentInnen dieser Tage über die dezentrale Struktur ihrer Aktionen wachen, verdient große Aufmerksamkeit. Ohne Zweifel spielen da auch die Online-Dienste vom „neuen“ Internet eine wichtige Rolle, die eine lose, aber wirkungsvolle Organisation von Protest ermöglichen.

Zweitens: Der viel diskutierte „Bologna-Prozess“, der 1999 von 29 europäischen Ländern mit dem Ziel der Vereinheitlichung des tertiären Bildungsbereichs im europäischen Raum aufgenommen wurde,

ermöglicht paradoxerweise die studentischen Proteste. Auch früher gab es in den meisten europäischen Ländern Missstände im Hochschulwesen. Die StudentInnen hatten aber, gerade seit Beginn der 2000er Jahre, einen eher desinteressierten Eindruck hinterlassen, was die Änderung dieser Missstände im nationalen Ausmaß anlangte. Gerade als die Probleme im Zusammenhang mit einer zentralisierten europäischen Bildungspolitik spürbar wurden, entsteht nun eine studentische Internationale, die den Anstoß ihres Zorns (die zur Internationalisierung geschaffene Bologna-Struktur) zum Ausgang ihrer Bewegung macht.

Sowohl der erste als auch der zweite Punkt, der dezentrale und internationale Charakter der Protestbewegung, verweisen auf eine „Schule“. Der Sinn für Aktionen und der politische Blick dieser StudentInnen-Generation scheinen im Rahmen der „Antiglobalisierung“ genannten Bewegung geschärft zu sein. Was in Seattle oder in Genua als Solidaritätsbekundung mit dem Süden begann – eine kritische Sicht auf die Globalisierungsprozesse –, fokussiert nun auch auf den „eigenen“ Norden, auf die „Zentrale“ des Globalen.

Analog dazu ist auch der dritte Punkt zu lesen: Die allgemeinen Forderungen der StudentInnen wuchsen fast im täglichen Rhythmus in Anzahl und Umfang. Markiert die Besetzung der Akademie der bildenden Künste Wien am 20. Oktober als Protest gegen die Bachelor/Master-Struktur den Anfang der Bewegung, so finden sich derzeit auch Forderungen wie die folgende: „Schluss mit Unterfinanzierung, Wettbewerbslogik und Elitenbildung im Bildungsbereich, d. h. keine Privatisierung und kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtung und Güter.“ (Am Rande erwähnt: Auch die von der *Initiative Minderheiten* ausgearbeitete antidiskriminatorische Betriebsvereinbarung fand Eingang in den Forderungskatalog.) Zweifelsohne sprengen Forderungen der Protestbewegung den technokratisch begriffenen Rahmen einer „konstruktiven Universitätsdebatte“. Denn

vielleicht von ihnen können erst im Maßstab gesamtgesellschaftlicher Veränderungen verstanden und erfüllt werden. Darum wird auch in einschlägigen Medien wie Die Presse – aber nicht nur dort – darüber genörgelt, einige linke Sektierergruppen hätten nun das Ruder an sich gerissen.

Doch wird in dieser Scheinkritik zweierlei vergessen: Erstens bezieht sich jede Forderung der Studierenden auf den Bildungsbereich. Die Formulierungen machen nur deutlich, dass Bildung keinen durch verwaltungstechnische Eingriffe zu regulierenden Einzelbereich darstellt, sondern durch unzählige Fäden an das gesellschaftliche System gebunden ist. Im Gegensatz zu vielen früheren StudentInnen-Generationen, die ihre universitäre Unzufriedenheit in gesamtgesellschaftliche Forderungen und außeruniversitäre Themen (von Vietnam-Krieg über sexuelle Befreiung bis hin zu Medienkritik) „kleideten“, macht die aktuelle Protestbewegung ihrer gesamtgesellschaftlichen Unzufriedenheit im Rahmen universitärer Bildung Luft. Die Forderungen dieser Generation, der „Wertelosigkeit“ attestiert wurde, stellen zugleich deren „Werte“ dar. Sie manifestieren, was für eine Welt sich die Studierenden wünschen. Aber nicht nur für sich selbst – wenn wir ihre Forderungen wirklich erfüllen wollten, müssten wir wohl die gesamte Gesellschaft verändern: samt ihren Einrichtungen, samt der Lage aller sozialen Schichten und Berufsgruppen, samt Machtverhältnissen. Diesen Bezug zu erkennen und dennoch nicht anmaßend zu sein, macht wohl die historische Einmaligkeit der aktuellen studentischen Protestbewegung aus.

Peter Brückner, der „linke Professor“ der 68er Bewegung, schrieb 1972 über die Kommunebewegung: „Wir sollten bei einem ‚Nachruf‘ nicht an einen Abgesang für Verstorbene denken, sondern eher an die Situation, in der man einem Freund nachruft: ‚Du, bleib doch noch ein bisschen‘ (...).“ So ist auch der Titel dieses Textes zu verstehen.

Hakan Gürses

IMPRESSUM

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). **Medieninhaber und Verleger:** Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; **Herausgeber:** Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/966 90 01, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; **Redaktion:** Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/966 90 03, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at. **Chefredakteurin:** Gamze Ongan. **Redaktionelle Mitarbeit:** Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Christian Schweizer (ache), Vladimir Wakounig, Philipp Schmickl, Ursula Hemetek, Michael Örtl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Anita Konrad, Isabelle Bene. **Ständige AutorInnen:** Erwin Riess, Hakan Gürses, Vlatka Frketic, Kahlauer, mh, ede, M. Fürst. **Fotoredaktion:** Salon Renate. **Zeichnungen:** Andreas Ohrenschild, Hakan Gürses, Petja Dimitrova. **Grafische Gestaltung:** schultz+schultz-Mediengestaltung. **Herstellung (Repro & Druck):** Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Aboverwaltung:** Rahel Baumgartner (Redaktionsadresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20,- (Ausland: € 30,-) /für Vereinsmitglieder kostenlos.

	IMPRESSUM	2
„ALSO: ÖFFNET DIE GRENZEN!“ EIN GESPRÄCH ÜBER DAS PROJEKT „VIEL GLÜCK!“ Alexander Pollak und Gerd Valchars		4
VIELSCHICHTIGE WEGE DER MIGRATION. DIE NEUE ROLLE DER TÜRKEI ALS EINWANDERUNGSLAND. Ahmet İcduygu		6
IMMIGRATIONSPOLITIK IM NEUEN EUROPA. DAS BEISPIEL KROATIEN. Silva Mežnarić		8
DER SCHWEDE GORBATSCHOW. Horst Widmer		10
RÜCKKEHRER – POVRATNICI. PENSIONIERTE GASTARBEITER IN OSTSERBIEN. Horst Widmer		12
DER GOLDENE OSTEN. AUSWANDERUNG INS HEIMATLAND DER GROSSELTERN. Gamze Ongan		13
NEWS FROM ELSEWHERE. RÄUME DER MIGRATION. Christian Kravagna		15
EROSION DES FLÜCHTLINGSSCHUTZES. BLITZLICHTER 1995-2006. V. Bakondy, R. Doblhoff-Dier, S. Ferfaglia, H. Pichler		16
GLAUBE IST KEINE INTEGRATIONSBARRIERE. DAS PROJEKT „RELIGIOSITÄT UND AKKULTURATION“. Tatjana Schnell		18
ALPHABETISIERUNGSMODELLE FÜR ROMA. GOOD PRACTICE DURCH DAS ALPHA LABORATORIUM. Cornelia Kogoj		19
NACHLESE: DAS NETZ DER STRASSE. "WORKING POOR" ORGANISIEREN SICH INTERNATIONAL. Alexandra Siebenhofer		20
BRIEF AUS ISTANBUL. Gerald Kurdoğlu Nitsche		22
	GESCHEHEN	23
GROLL: ENDE OKTOBER 2009, UNIVERSITÄT WIEN. Erwin Riess		24
AN ORT UND STELLE: RAIMAN FÄHRT ZUG. Vlatka Frketić		26
	TIPPS	27
	KAHLAUERS TAGEBUCH	30



Themenfotos: © Gernot Puck

THEMA: VIEL GLÜCK! MIGRATION HEUTE

Perspektiven aus Wien, Belgrad, Zagreb und Istanbul

Ausgehend von dem Ausstellungsprojekt „Gastarbajteri – 40 Jahre Arbeitsmigration“ (Wien Museum, 2004) konzipierte die *Initiative Minderheiten* ein Nachfolgeprojekt, dem wir die vorliegende STIMME-Ausgabe widmen.

„Viel Glück!“ beschäftigt sich mit den Migrationsbewegungen in Mittel- und Südosteuropa in den vergangenen 20 Jahren anhand der Themen Regulierung/ Deregulierung, Arbeit und Ökonomie, Queer Migration und Transmigration. Das Projekt hat den Anspruch, der meist einseitigen Wissensproduktion über Hintergründe, Dynamiken und Folgewirkungen der Migration mit einem Perspektivenwechsel zu begegnen. Das Wissen über die neuen Migrationsbewegungen in der Region wird durch Rechercheteams in Zagreb, Belgrad, Istanbul und Wien erarbeitet. Die Ergebnisse des von der *Erste Stiftung* finanzierten Projekts werden im Herbst 2010 in Form einer Publikation, einer *Timeline*, einer Ausstellung über die Musik von MigrantenInnen in Wien und einer Kunstausstellung präsentiert.

In einem einleitenden Interview, das **Alexander Pollak** und **Gerd Valchars**

mit den Kuratorinnen des Projekts geführt haben, erfahren Sie mehr über Methoden und Ziele von „Viel Glück“.

Ahmet İcduygu und **Silva Mežnarić**, MigrationsforscherInnen aus Istanbul und Zagreb, geben jeweils einen Überblick über die Migrationsagenden in der Türkei und in Kroatien im Lichte der EU-Beitrittsverhandlungen.

„Der Schwede Gorbatschow“ ist das Porträt eines Rückkehrers in Ostserbien, erstellt durch **Horst Widmer**. Auch im „Goldenen Osten“ geht es um eine Art „Rückkehrmigration“, um die Auswanderung junger Deutsch-TürkInnen in die Türkei, das Herkunftsland der Großeltern.

Christian Kravagna, der im Rahmen des Projekts die Kunstausstellung kuratiert, geht auf die schwierige Aufgabe der Kunst ein, der simplifizierenden Darstellung der Migration in vorherrschenden Diskursen durch Differenzierung und Verkomplizierung ihrer Bilder entgegenzutreten.

Einen ersten Einblick in das Teilprojekt „Timeline“, das in Kooperation mit dem Juridicum, Statewatch sowie WissenschaftlerInnen aus den Partnerstädten entsteht, vermittelt Ihnen das Mittelposter. Es the-

matisiert den Flüchtlingsschutz in Europa, ausgehend von einer Demonstration gegen die österreichische Asylpolitik am Wiener Donaukanal 1995.

Die Themenfotos von **Gernot Puck** entstanden im Juni und August 2009 in Ostserbien.

An dieser Stelle noch einen herzlichen Dank an das Wiener Projektteam sowie an Aram Ghadimi und Jan Mossakowski für die redaktionelle Mitarbeit.

Besondere Ehre

Waltraud Riegler, langjähriges Vorstandsmitglied und nun Ehrenmitglied der *Initiative Minderheiten*, hat das Bundes-Ehrenzeichen für Toleranz und Menschenrechte verliehen bekommen. Die langjährige Aktivistin, Mitstreiterin und ehemalige Obfrau der „Homosexuelle Initiative Wien“ war 1993 maßgeblich an der Gründung der *Initiative Minderheiten* beteiligt.

Wir freuen uns sehr und gratulieren ganz herzlich zu dieser hochverdienten Anerkennung.

Gamze Ongan Chefredakteurin

„ALSO: ÖFFNET DIE GRENZEN!“

Ein Gespräch über das Projekt "Viel Glück!"

Das Projekt „Viel Glück! Migration heute – Perspektiven aus Wien, Belgrad, Zagreb und Istanbul“ beschäftigt sich mit Migrationsbewegungen und -politiken in Österreich, Kroatien, Serbien und der Türkei seit den späten 1980er Jahren sowie deren kulturellen und wirtschaftlichen Folgen. Alexander Pollak und Gerd Valchars im Gespräch mit dem Kuratorium des Projekts.

Die erste Frage ist zum Titel „Viel Glück!“. Was soll er aussagen?

Ganze Ongan: Wenn sich jemand auf eine lange Reise aufmacht, wünschen ihm diejenigen, die zurückbleiben, viel Glück auf seinem Weg. In der Tat muss man viel Glück haben, um trotz Abschottung der Länder und immer restriktiver werdenden Einwanderungsgesetzen in der Migration bestehen zu können. Nur mit viel Glück ist der Weg zu bewältigen. Und nur mit viel Glück kannst du dort, wo du angekommen bist, auch bestehen. Diese zwei Bedeu-

tungen, die dieser Titel in sich birgt, waren ausschlaggebend für die Wahl.

Das heißt, dass Migration heute eine Art Glücksspiel ist?

Ongan: So ist es: Migration funktioniert heute nur mit viel Glück.

Inwieweit knüpft das Projekt an die Ausstellung *Gastarbajteri* an, die 2004 von euch gestaltet und im Wien Museum präsentiert wurde?

Cornelia Kogoj: Für uns war *Gastarbajteri* der Ausgangspunkt für das jetzige Projekt. An dem neuen Projekt hat uns die Frage interessiert, wie es nach der Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei in diesem Raum weitergegangen ist. Diese Länder sind in den letzten 20 Jahren auch zu Einwanderungs- bzw. zu Transitländern geworden. Wir wollten diese Geschichte nicht nur aus der Sicht der Einwanderungsgesellschaft Österreich erzählen, sondern auch die Perspektiven der ehemaligen Auswanderungsländer mitberücksichtigen.

Was verspricht ihr euch aus diesem Perspektivenwechsel?

Kogoj: Durch einen Perspektivenwechsel kann man einiges aufzeigen. Etwa, dass Migration ein globales Phänomen ist und es nicht *die* Einwanderungsländer und *die* Auswanderungsländer gibt, sondern sowohl Einwanderung als auch Auswanderung viele Länder gleichzeitig betrifft. Viele Menschen leben heute zudem nicht mehr nur an einem Ort, sondern an mehreren. Der transnationale Raum ist jener, in dem man sich bewegt, auch wenn letztendlich die nationalstaatlichen und suprastaatlichen Strukturen diejenigen sind, die den Umgang mit Migration bestimmen.

Dennoch steht aber Österreich bei euch nach wie vor im Zentrum. Es hat den Anschein, dass der Perspektivenwechsel nicht ganz durchgezogen wird. Warum wurden beispielsweise gerade die Städte Belgrad, Zagreb und Istanbul ausgewählt – Städte, die für die Migration nach Österreich stehen –, nicht aber etwa Bamako oder Lagos?

Simonetta Ferfoglia: Istanbul, Zagreb und Belgrad sind Städte, die in einem Migrationsdiskurs in Zentral- und Südosteuropa Zuschreibungen und Rollen hatten, die in der *Gastarbajteri*-Ausstellung reflektiert worden sind. Die Verschiebung dieser Rollen und Zuschreibungen in den letzten Jahren ist nun unser Thema. Orte der Emigration sind Immigrationsorte geworden. Diese Städte stehen für die sich verändernde alte Erzählung, wir versuchen aktuelle neue Bilder zu finden.

Kogoj: Es geht einerseits um eine gemeinsame Geschichte dieses Raumes und andererseits um die Verschiebungen von Rollen und von Bildern. Die *Gastarbajteri* gibt es nicht mehr, was passiert aber danach?

Was glaubt ihr, könnte ein Perspektivenwechsel politisch bewirken, welche Forderungen sind damit verknüpft?

Renée Winter: Im Kapitel *Goldener Osten* schauen wir uns etwa die Migration aus Deutschland nach Istanbul an. Dabei handelt es sich vor allem um junge, super qualifizierte Frauen türkischer Herkunft, die in Deutschland geboren oder auf-



gewachsen sind und nun in die Türkei auswandern. Der Perspektivenwechsel kann hier dazu beitragen, dass sich das klischeehafte Bild von Frauen, die in der Türkei unterdrückt würden und in Deutschland so viele Freiheiten hätten, nicht mehr aufrechterhalten lässt. Ich glaube, es geht viel um Herstellung von Bildern, die mit dem brechen, was normalerweise in der Repräsentation vorherrscht.

Ferfoglía: Ein Vorteil dieser zwei Projekte – sowohl der *Gastarbeiteri*-Ausstellung, als auch von *Viel Glück!* – ist eine interne Methode, die nach außen ausstrahlt. Es ist die Kooperation zwischen unterschiedlich agierenden Institutionen und Personen. Bei *Gastarbeiteri* hat die NGO *Initiative Minderheiten* mit einem Historischen Museum kooperiert. Viel Wissen ist aber auch von anderen AkteurInnen beigetragen worden, etwa von aktivistischen Gruppen. Bei *Viel Glück!* ist das in einem viel breiteren Sinne auch der Fall, weil einerseits lokale aktivistische Gruppierungen und andererseits Universitäten, über Grenzen hinweg, unmittelbar beteiligt sind.

Wo ist denn Europa in dem Projekt?

Winter: Die Europäische Union spielt ab Mitte der 1990er Jahre eine große Rolle für die Gesetzgebungen und in den letzten Jahren noch mehr durch die Vereinheitlichung der Grenzkontrollen an den Schengen-Außengrenzen. Die EU als regulierende und in die Gesetzgebungen eingreifende Instanz wird daher einen Schwerpunkt bilden.

Die EU-Außengrenze, also die Militarisierung dieser kommt also auch vor?

Winter: Ja, es geht ganz konkret um *Frontex*, die so genannte Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, die 2004 gegründet wurde, um die Zusammenarbeit der Innenministerien und Grenzschutzeinheiten zu fördern. Im Projekt wird das am Beispiel der koordinierten Abschiebungen in Charterflügen thematisiert, die 2004 unter der Überschrift „Sammelflüge zur Rückführung“ beschlossen worden sind. Bis jetzt gab es mindestens zehn bis 15 solcher Abschiebungen, die über den Flughafen Schwechat abgewickelt worden sind.

Siehst du irgendwelche Vorteile in der Regulierung von Migration?

Winter: Nein. Staaten und die EU versuchen, Migration zu lenken, in bestimmte Richtungen, aber auch hinsichtlich der

Fragen, wer mit welchem Ziel und mit welcher Arbeit, wie lange und wo bleiben darf. In dem Sinn hat Regulierung keine Vorteile. Regulierung von Migration könnte zum Beispiel aber auch kostenlose Verkehrsmittel oder Sozialversicherungsleistungen an jedem Ort der Welt bedeuten. Das wäre auch eine Art Regulierung, in einem positivem Sinn. Aber die ist utopisch, leider.

Ist das Konsens im Projektteam, gegen jegliche Regulierung von Migration im restriktiven Sinn zu sein?

Jasmina Janković: Ich kann für mich sagen: Ja. Und ich nehme an, dass alle so denken. Gerade die Restriktivität der Gesetze ist etwas, woran wir uns stoßen.

Gehen Länder wie etwa die Türkei, die früher einmal klassische Herkunftsländer waren und jetzt auch zu Zielländern werden, mit Migration anders um?

Ongan: Was die Türkei betrifft, kann man das nicht behaupten. In der Türkei ist Migration als solche kein öffentliches Thema. Regulierungsmaßnahmen, wie sie hier vollzogen werden, bestehen noch nicht. Aber nicht, weil die Türkei damit besser umgeht, sondern weil Migration für die Politik erst langsam und im Zusammenhang mit den EU-Beitrittsverhandlungen ein Thema wird.

Kogoj: In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der EU interessant. Wie die potentiellen EU-Mitgliedsstaaten mit Migration umgehen und ihre Grenzen sichern, ist Teil der Beitrittsverhandlungen. Die EU hat natürlich Interesse an einem einheitlichen System, an Homogenisierung.

Ruby Sircar: Wir sind gerade sehr EU-kritisch, was ein Grundton des Projekts ist. Man darf nur nicht außer Acht lassen, dass die österreichische Gesetzgebung noch viel restriktiver und ausschließender wäre, wenn es manche EU-Vorgaben nicht gäbe.

Time für die Timeline. Welches Konzept steht hinter diesem Teil des Projekts?

Heinrich Pichler: Die Timeline kommt eigentlich aus einem darstellerischen Problem heraus. Die Recherche-Teams, die sich mit unterschiedlichen Themen befassen, haben zum Teil sehr spezifische Einsichten in die Problematik, die in einen gemeinsamen Kontext gesetzt werden sollen. Die Timeline erzählt etwa Gesetze, aber sie fragt auch nach den Motivationen, nach den Diskursen drumherum und nach den Auswirkungen.

Die Timeline ist also nicht nur eine chronologische Darstellung relevanter Gesetze?

Winter: In der Timeline wird es auch um Widerstände und Aktivismus gegen die Regulierungs- und Kontrollversuche gehen, etwa um das in Deutschland gegründete Netzwerk *Kein Mensch ist illegal* oder um die *deportation class-Kampagne*, die gegen Abschiebungen in Passagierflugzeugen gerichtet war. Jetzt, wo es Abschiebungen in Chartermaschinen gibt, treten wieder andere Aktionsformen auf. Oder der *Chaos Computer Club*, der Anleitungen zum Fälschen von Fingerabdrücken veröffentlicht hat, als Beispiel für eine aktivistische Reaktion auf Kontrolltechnologien.

Was sind die Kernaussagen, die ihr mit dem Projekt rüberbringen wollt?

Kogoj: Dass Migration die Normalität ist. Und dass Migration ein Thema ist, über das man auch differenziert sprechen kann und nicht nur populistisch.

Die radikalste Aussage – Öffnet die Grenzen! – ist jetzt nicht von dir genannt worden.

Kogoj: Nein. *Öffnet die Grenzen* ist auch nicht unsere primäre Aussage. Grenzregime zu kritisieren heißt nicht: *Öffnet die Grenzen!*

Ferfoglía: *Öffnet die Grenzen* allein ist nicht das Thema. Migration darf nicht ein Sonderbereich sein, der von Ausnahmeregelungen, Ausnahmeansichten und Ausnahmeperspektiven beherrscht wird.

Ongan: Wenn man alle diese Forderungen konsequent weiterdenkt, bedeutet es schon: *Öffnet die Grenzen!* Solange man reguliert und den einen einreisen lässt und die andere nicht und einen dritten abschiebt, ist es kritikwürdig. Auch wenn der öffentliche Diskurs suggeriert, fundamentalistische, frauenunterdrückende Massen würden das Land stürmen, und die Demokratie untergraben... Dem ist nicht so. Dieses Horrorszenario, genau das untergräbt die Demokratie, und dass manchen Menschen mehr Rechte genehmigt werden als anderen. Also: *Öffnet die Grenzen!* Eine Demokratie muss so stark sein, dass sie die Grenzen öffnen kann.

Alexander Pollak und Gerd Valchars
sind Redakteure bei Radio Stimme.

VIELSCHICHTIGE WEGE DER MIGRATION

Die neue Rolle der Türkei als Einwanderungsland

Ahmet İçduygu

In der Diskussion um europäische Migrations- und Asylregime spielt die Türkei eine wesentliche Rolle. Gerade in der aktuellen Debatte um eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union wird die Frage nach einem offenen Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt gestellt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Türkei gleichzeitig ein Einwanderungsland sowie ein Transitland für ImmigrantInnen aus den politisch und wirtschaftlich instabilen Nachbarländern ist, die ein besseres Leben im Westen anstreben.

Über zwei Millionen türkische StaatsbürgerInnen leben als ImmigrantInnen in den EU-Mitgliedsstaaten. Eine Million Menschen türkischer Abstammung sind inzwischen eingebürgert. Geschätzte 50.000 Familien ziehen jährlich in die EU: im Rahmen von Familienzusammenführung, durch Heiratsmigration oder als Asylsuchende sowie auf informellen Wegen. In den letzten Jahren

waren die „unerwünschten“ Migrationsformen Asyl- und irreguläre Migration stark rückläufig. Die Rückkehrmigration in die Türkei nimmt hingegen kontinuierlich zu. Die Türkei entwickelt sich zunehmend zu einem Einwanderungsland.

Zielland Türkei

Die Türkei verzeichnet in den letzten Jahren eine massive Einwanderung. Schätzungen gehen von bis zu 100.000 irregulären ImmigrantInnen aus, die sich im Land aufhalten. Lediglich fünf Prozent von ihnen verfügt über den Rechtsstatus Asylsuchende, die Mehrheit ist „illegal“ eingewandert. Über die Hälfte von ihnen plant in westliche Länder weiterzuziehen. Die undokumentierten Migrationsbewegungen sind allerdings in Folge der gesetzlichen Veränderungen im Rahmen des EU-Harmonisierungsprozesses im Abnehmen.

Auch die offizielle Statistik bescheinigt, dass die Türkei als Einwanderungsland an Attraktivität gewonnen hat. Jährlich werden rund 150.000 ausländischen StaatsbürgerInnen Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Die meisten davon sind berufstätig. Beispiele

dieser Einwanderung sind ausgebildete, qualifizierte AusländerInnen, die ihre Arbeitskraft in großen, urbanen Zentren wie Istanbul anbieten oder europäische RuheständlerInnen, die sich in mediterranen Urlaubsregionen niederlassen.

Migrationsbewegungen begründen sich nicht auf dem „Füllen von Leerstellen“ am Arbeitsmarkt. Migration ist eine politische Realität, die unterschiedlichen multidimensionalen Politiken unterliegt. Im Zuge der Diskussionen um eine Unionsmitgliedschaft der Türkei wird Migration in drei grundlegenden Bereichen verhandelt: *Erstens* besteht Besorgnis darüber, dass aufgrund des offenen Arbeitsmarkts eine intensive Migrationswelle aus der Türkei in die EU beträchtliche Probleme in den ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen auslösen wird. *Zweitens* stellt sich die Frage, ob die demografische Struktur der Türkei und mögliche sich daraus ableitende Migrationswellen aus der Türkei den demografischen Schrumpfungsprozess der EU stoppen können. Und *drittens* wird darüber diskutiert, ob die Türkei – in ihrer Rolle als Einwanderungsland und Transitmigrationszone – die Schaffung und Implementierung von Politiken zustande bringt, die den Regelwerksansprüchen der EU hinsichtlich Migration und Asyl genügen.

Überalterung Europas

Von den frühen 1960er bis Mitte der 1970er Jahren exportierte die Türkei Arbeitskräfte, die von europäischen Ländern als „GastarbeiterInnen“ angefordert wurden, um am Wiederaufbau der nachkriegseuropäischen Wirtschaft mitzuarbeiten. Ein Drittel jener Familien, die diesen ArbeitsmigrantInnen nachzogen, wurden mit der Zeit eingebürgert. Die in EU-Staaten lebenden EinwanderInnen türkischer Herkunft werden im Rahmen ihrer sozialen Netzwerke weiterhin zur Kontinuität von Migration beitragen. Diese transnationale Realität einer globalisierten Welt bestimmt gegenwärtig die Migration aus der Türkei – etwa in Form von Familienzusammenführungen in Zeiten eingeschränkter Bewegungsfreiheit.

Die Bevölkerung der EU ist mittlerweile nicht mehr in der Lage, sich selbst zu reproduzieren. Falls ihre Mitgliedsstaaten





keine Einwanderung mehr verzeichnen, wird die Bevölkerungszahl in West- und Zentraleuropa 2010 ihren Höchstwert erreichen und ab diesem Zeitpunkt abnehmen. Die Überalterung wird äußerst negative Auswirkungen auf die ökonomische, soziale und politische Struktur Europas nach sich ziehen. Es gibt drei Alternativen, diesem Sachverhalt zu begegnen: Die Steigerung der Erwerbsquote, die Erhöhung des Pensionsantrittsalters und die aktive politische Förderung von Wirtschaftsmigration.

Die Steigerung der Erwerbsquote wird das Problem der Verfügbarkeit von Arbeitskräften alleine nicht lösen können. Eine zusätzliche Erhöhung des Pensionsantrittsalters wird den negativen Einfluss der demografischen Alterung nur limitieren. Daher ist die Frage nach dem Umfang der erforderlichen Immigration, um Europas demografische Diskrepanz auszugleichen, von größter Bedeutung.

Demografischer Glücksfall

Die Türkei hat ihre demografische Transformation abgeschlossen. Die Bevölkerungswachstumsrate wird künftig signifikant abnehmen. Für die kommenden Jahre wird eine dieser Wachstumsrate entsprechende konstante Steigerung der Bevölkerungszahl prognostiziert. Nach Schätzungen wird aber die Bevölkerungszahl der Türkei ab den 2050er Jahren stagnieren oder sogar abnehmen. Gleichzeitig kommt es, ähnlich wie in der EU derzeit, zu einer Überalterung der Bevölkerung. Wird nun davon ausgegangen, dass die Produktivität, die Mobilität und die Flexibilität der erwerbstätigen

Bevölkerung parallel zur prognostizierten demografischen Entwicklung steigen wird, können wir dies als einen demografischen Glücksfall bezeichnen.

Um die aus diesem demografischen Optimalzustand resultierenden Chancen nutzen zu können, muss Beschäftigung geschaffen und Wirtschaftswachstum aufrechterhalten werden. Diese Chance kann optimal im Zeitfenster bis 2025 realisiert werden. Danach sind die Chancen graduell geringer. Der Beitritt der Türkei in die Union könnte den Rückgang der aktiven jungen Bevölkerung in der gesamten EU bremsen – nichtsdestotrotz muss auch klar sein, dass damit das Problem der Überalterung nicht vollständig gelöst werden kann.

Notwendige Einsichten

Mögliche Migrationsströme aus der Türkei im Fall eines EU-Beitritts werden voraussichtlich Personen aus ländlichen Regionen mit niedrigem Einkommen umfassen – vor allem dürfte die Mobilität unter arbeitslosen Menschen relativ hoch sein. Aber auch Menschen mit Universitätsabschlüssen oder Studierende werden auswandern. Jedenfalls ist die Zahl türkischer StaatsbürgerInnen, die in die EU auswandern würden, nach ökonomischen Studien deutlich geringer als angenommen wird. Sollte jedoch weder der EU-Beitritt der Türkei noch der freie Arbeitsmarkt Realität werden und die Türkei ein niedriges Wirtschaftswachstum verzeichnen, sind signifikant umfangreichere Emigrationen zu erwarten – ein Szenario, das aus der Zeit des „Gastarbeitersystems“

bekannt ist. Die Türkei hat aufgrund ihrer geografischen Lage eine bedeutende Rolle in den Migrations- und Asylregimen Europas. Ungeachtet dessen ob die Türkei EU-Mitglied wird oder nicht, werden viele Themen, die internationale Migrationen und Asyl betreffen, in der Beziehung zwischen der EU und der Türkei weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Den Migrationspolitiken aller Beteiligten muss die Einsicht zugrunde liegen, dass die Themen der internationalen Migration alle gleichermaßen betreffen. Sich gegenseitig nur mit den eigenen Positionen zu konfrontieren ist nicht zielführend. Nur so kann der Beitrittsprozess für die EU und für die Türkei sowie auch für die MigrantInnen selbst mit positiven Ergebnissen abgeschlossen werden.

Ahmet İcduygu

ist Direktor des Migrationsforschungszentrums am Institut für Internationale Beziehungen, Koç Universität Istanbul.

IMMIGRATIONSPOLITIK IM NEUEN EUROPA

Das Beispiel Kroatien

Silva Mežnarić

Mit dem Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union ist in der Region eine Veränderung der Migrationsprozesse zu erwarten. Eine davon ist die Wandlung Kroatiens von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland, wie auch bei den jüngsten Mitgliedsländern der EU zu beobachten ist.

Im folgenden versuche ich Kroatiens Immigrationspolitik anhand der theoretischen und administrativen EU-Rahmenbedingungen zu analysieren und ausgehend von den Erfahrungen der neuen Mitgliedsländer mit ähnlichen historischen Ausgangssituationen eine Prognose aufzustellen. Letztlich schlage ich Richtlinien für migrationspolitische Strategien vor, die Kroatien in einer Zeit der globalen (Arbeitsmarkt-) Rezession vor dem EU-Beitritt beachten sollte.

Aus den Erfahrungen und Strategien der neuen EU-Mitglieder hinsichtlich der Migrationspolitik können für Kroatien zwei Ansätze abgeleitet werden. Der erste Ansatz besteht in der Übernahme der EU-Rechtsvorschriften, was in der Folge weniger eigenstaatliche Kontrolle über Migrationspolitiken bedeutet. Möglich ist aber auch eine selektive Übertragung von Migrationspolitiken an die EU, um konkrete Maßnahmen jedem einzelnen Fall anzupassen. Bisher scheinen die Mitgliedsländer eher den zweiten Ansatz zu verfolgen, um „autonom“ zu bleiben. Die selektive Auslagerung von politischen Inhalten ermöglicht den Ländern, sich innerhalb der eigenen Rechtshoheit „abzukapseln“.

Widersprüchliche Migrationspolitik

Widersprüche sind der Immigrationspolitik der EU inhärent. Hier wird die Logik des Arbeitsmarktes gegen eine protektionistische Wohlstandspolitik abgewogen. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik widersetzen sich jedoch manchmal den Forderungen nach billiger Arbeit. Des Weiteren ist die Demografie ein bestimmender Faktor. Nach dieser Politik haben Interessen der inländischen Arbeitskräfte Priorität gegenüber transnationalen Rechten von eingewanderten ArbeiterInnen. Die

Auswirkungen dessen sind seit Beginn der Gastarbeiter-Ära bekannt: Diskriminierende Ausgrenzung (von ImmigrantInnen) gehen mit Beteuerungen der Gleichbehandlung von AusländerInnen einher.

Unzureichende Konzepte

Das Problem liegt nicht nur an den politischen AkteurInnen. Die Theorien zu Staatsbürgerschaft, Landesgrenzen und nationalen wie supranationalen Pflichten und Rechten (von MigrantInnen) sowie Sozialphilosophien der Ex- und Inklusion versorgen Gemeinschaften und Behörden nicht mit dem vernünftigen Rüstzeug, um diese wesentlichen Widersprüche aufzulösen.

Die theoretischen Konzepte sind unzureichend, um sich mit der multiplen Logik von Migration, sozialem Wohlstand und liberaleren Arbeitsmarktbestimmungen im Rahmen der EU zu befassen. Fragen nach den komplexen Zusammenhängen zwischen ökonomischen Systemen und der Bevölkerungsstruktur werden insbesondere dann als wesentlich für die Migrationspolitik angeführt, wenn niedrige Geburtenraten zu einem nationalen Verhandlungsgegenstand werden. Diese Herangehensweise ist zu hinterfragen, weil sie die kurzfristigen Zyklen ökonomischer Systeme im Gegensatz zu langfristigen, eher trägen Zyklen in demografischen Strukturen nicht beachtet. Aus der Sicht europäischer GesetzgeberInnen könnte Migration jenes Instrument sein, um Engpässen am Arbeitsmarkt und in der Demografie entgegenzutreten; allerdings nimmt die Gesamtbevölkerung solche kurzfristigen Politiken kaum an. Eine vernünftige Immigrationspolitik sollte sich auf das geballte Auftreten gegensätzlicher Forderungen einstellen.

Vergleich Polen und Kroatien

Der Vergleich zwischen Polen vor dem Beitritt zur EU und dem Beitrittskandidaten Kroatien ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Beide Staaten zeigen in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart ähnliche Migrationsmuster auf. Sowohl Polen als auch Kroatien waren in den letzten zwei Jahrhunderten von transatlantischen Auswanderungen betroffen, die ökonomisch und politisch motiviert oder erzwungen waren.

Beide sind katholisch geprägte Länder, in denen der Klerus und die Kirche Einfluss auf Migrationskanäle und -netzwerke haben und identitätstragend sind. Die verzögerte Modernisierung in den 1990er Jahren und die zunehmende Immigration während der Beitrittsverhandlungen vervollständigen die Migrationsmuster dieser beiden Länder.

Die EU-Mitgliedschaft war und ist in beiden Ländern eine politische und gesellschaftliche Agenda höchster Priorität. Beide Staaten liegen an den äußeren Grenzen Westeuropas und zählen zu „Europas Rand“, der im Vergleich mit den meisten Kandidatenländern einen höheren Wohlstand aber auch eine hohe Arbeitslosenrate aufweist.

Schritte zu einem Einwanderungsland

Entsprechend den Erfahrungen und Praktiken der neuen Mitgliedsländer in der Beitrittsphase stehen Kroatiens Migrationspolitik folgende Schritte bevor:

Die Anpassung von Regularien, die Standardisierung von Rechtsvorschriften und die Entwicklung eines Selbstverständnisses als „normales“ Einwanderungsland.

Der erste Schritt würde den institutionellen Ausbau von Grenzaufsicht und Überwachung von Menschenhandel sowie undokumentierter Immigration beinhalten und in erster Linie die Exekutive, die lokalen Behörden und die Zivilbevölkerung betreffen.

Der zweite Schritt führt zur gesetzlichen Standardisierung verschiedener Maßnahmen wie Einreiseregulungen, Arbeitsbewilligungen, Asylverfahren und Visabestimmungen. Die Regulierung betrifft hauptsächlich die Legalisierung von Arbeit und Maßnahmen hinsichtlich undokumentierter Immigration. Die Standardisierung ist die Grundlage für eine differenzierte und konsolidierte Migrationspolitik. Ohne Vereinheitlichung polizeilicher und administrativer Handlungsweisen ist die Integration von MigrantInnen in die Gesellschaft kaum erreichbar.

Um ein „normales“ Einwanderungsland im Sinne von Schritt Drei zu werden, muss Einwanderung als „strukturelle Dimension“ der Entwicklung verstanden werden. Migrationsmanagement ist dabei mehr oder weniger die erste Maßnahme für die Normalisierung. Auf diesem Weg gibt es allerdings viele soziale „Vorbehalte“. Xenophobie, Ethnozentrismus und Schutzmaßnahmen zum Erhalt des Wohlstands sind auch im kroatischen Fall zu erwarten. Kroatien befindet sich am Ende des zweiten



Schrittes und schließt die Vereinheitlichung von Regularien hinsichtlich Migration ab. Nichtsdestotrotz steht Kroatien noch ein langer Weg bevor, um das Ziel einer „Normalität“ von Migrationsabläufen zu erreichen. Die Rechtsprechung muss es vermeiden, eine Kluft zwischen freiem Personenverkehr und exekutiven Einschränkungen und Diskriminierungen zu schaffen.

Die Risiken und Hindernisse auf dem Weg zu einer „Normalisierung“ sind vielfach. Bei einem Regierungswechsel können etwa die Bestimmungen für MigrantInnen beliebig geändert werden. Deshalb müssen die kroatischen Behörden in der Gestaltung von Migrationspolitiken darauf achten, dass diese keine lose Reihung von bruchstückhaften, improvisierten Regulationen sind, welche Migrationsbewegungen einfach auf- und abdrehen können.

Migrationsprognosen für die Region

Kroatien verfügt derzeit über keine angemessene Reaktion auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Die Antwort der kroatischen Regierung auf die Krise besteht aus struk-

turellen und kulturellen Fehlinvestitionen: Eine Aushöhlung des Staatswesens und des sozialen Kapitals sowie ein soziales (Markt-) Klima, das die optimale Nutzung von Arbeitskräften nicht fördert. Infolgedessen werden Migrationspolitiken lokal gestaltet und unterschiedlich und fragmentarisch angewandt.

Die grenzüberschreitenden Wanderungen in der Region werden in der Zukunft mehrheitlich kurzfristig und innerhalb von Regionen stattfinden. Sie werden nicht von Männern dominiert und werden einerseits im Kontext von beruflichem Aufstieg und sozialer Absicherung sowie im Kontext illegaler Tätigkeiten und krimineller Handlungen erfolgen.

Politiken für neue Migrationsmuster

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass die neue Migration aus Kroatien nicht wie früher über etablierte Netzwerke und Gemeinschaften im Ausland erfolgen wird. Kroatische MigrantInnen werden statt etwa Deutschland oder Österreich andere Zielorte und andere Wege wählen. Gut ausgebildete junge Männer und Frauen auf der Suche nach individuellen Lösungen

für ein besseres Leben sind eher Teil eines zirkulären Migrationsmusters, als dass sie einem linearen Auswanderungsmodell folgen würden.

Innerhalb von höchstens zwei Jahrzehnten werden Migrationsbewegungen aus Kroatien und Osteuropa als ein individuelles Bestreben definiert werden können, welches in- und ausländische Ressourcen in Erwerbsstrukturen effektiv nützt und aufgrund von sozialer Fürsorge, BürgerInnenrechten und -pflichten erlaubt, Profit aus den Tätigkeiten im betreffenden Lebensraum zu erzielen. Für zukünftige Migrationspolitiken werden persönliche Sicherheit, gesetzlicher Schutz sowie Bildungs-, Gesundheits- und Wohnpolitik grundlegend sein und nicht Regularien, welche Exklusion, Überwachung und Misstrauen fördern.

Silva Mežnarić

ist langjährige Leiterin von Forschungsprojekten am Institute for Migration and Ethnic Studies in Zagreb.

DER SCHWEDE GORBATSCHOW

Horst Widmer

Im Dorf nennen ihn alle nur Gorbatschow, und das seit gut 20 Jahren.

Wegen seines Namens, meint er, Mihajlo Golubović, denn dass er einmal dem Russen tatsächlich ähnlich sehen würde, sei damals, als er noch dichteres Haar hatte, nicht abzusehen gewesen. Aber heute, sagt Mihajlo, fehlt ihm zum echten Gorbatschow nur noch der Fleck auf der Stirn.



„Geh zum Schweden Gorbatschow!“, haben sie mir in der kleinen Sportbar am Dorfplatz von Duboka geraten, als ich nach pensionierten Gastarbeitern fragte. Er gilt als reichster Mann im Dorf, zumindest hat er das größte und luxuriöseste Haus und er zeigt es sehr gern her. Dafür belächeln ihn die Leute ein wenig, aber sie mögen ihn auch, weil er sich, im Gegensatz zu den anderen Rückkehrern, wieder integriert hat in das, was man, großzügig, Dorfleben nennen könnte. Außerhalb des Sommerurlaubs und einiger Feiertage, wenn die Gastarbeiter kommen, ist Duboka fast ausgestorben. Dorfleben heißt dann, dass sich mittags und abends ein paar Männer im kleinen Lokal zusammenfinden. Da ist Gorbatschow meistens dabei. Und er beweist seine Integrationswilligkeit auf eine weitere Art: In der Bar hängen Fotografien des örtlichen Fußballvereins *FK Jedinstvo* („Einheit“) sowie eine Liste seiner Gönner, gereiht nach ihrer Großzügigkeit. An erster Stelle: Gorbatschow, 200 Euro – das entspricht hier einem durchschnittlichen Monatslohn.

„Zuerst Kaffee oder gleich das Haus?“ Gorbatschows Frau, Stojana, hat sich schon für die Führung bereit gemacht, also zuerst das Haus. Das Haus der Golubovićs steht etwas außerhalb, in einer grünen Wiese mit Pflaumenbäumen, die Gorbatschow für sein Hobby, das Schnapsbrennen, braucht. In der Außenansicht wirkt es weniger protzig als andere ostserbische „Gastarbeiterhäuser“: keine „griechischen Säulen“, keine bombastischen Treppen im Kolonialstil, die Fassade in schlichtem Weiß, ohne das in Beton gegossene Getier (Löwen, Adler, Schwäne...), das üblicherweise auf Balkonen, Simsen und auf den Pfeilern der weitläufigen Umzäunungen hockt. Nur ein einzelner Löwe wacht an der Eingangstür. Darüber ist eine Überwachungskamera angebracht. Mihajlo lacht: Eine Attrappe. Es kommt häufig vor, dass die Häuser der Gastarbeiter geplündert werden, während die im Ausland sind. Dann müssen sie ein zweites oder auch ein drittes Mal für ihre Einrichtung sparen. Die Golubovićs haben Glück gehabt.

Frische Betten für Abwesende

Die Führung findet in Socken statt. Es ist peinlichst sauber hier, der Parkettboden glänzt, die Luster funkeln, die schweren Möbel in antikisierendem Stil sind, wie der Nippes, zentimetergenau platziert. Stojana führt durch die Zimmer, und Mihajlo nennt die Preise des Inventars. Im obersten

Stockwerk liegen die Zimmer für die Tochter, ihren Mann und die beiden Enkelsöhne. Die Betten sind bezogen, frische Blumen sind da, als würde jeden Moment mit ihrem Erscheinen gerechnet. Aber ein wenig dauert das noch. Es ist Ende Juni. Im August werden sie, wie jedes Jahr, drei Wochen aus Stockholm zu Besuch kommen.

Das Haus: Sieben Jahre Arbeit (immer in den Sommerurlauben), 400 Quadratmeter, 15 Zimmer, fünf Bäder und WCs. Eine eingerichtete Küche gibt es nicht.

Das ist auch nicht nötig. Stojana und Mihajlo bewohnen das Haus nicht, sie leben im verbliebenen Teil ihres alten Bauernhofs, an den das neue Haus zugebaut wurde. Küche mit Holzherd, zwei Zimmer, WC. Mehr brauchen sie nicht, sie sind es so gewöhnt, und es lebt sich schlichtweg einfacher so, praktischer. Andere Rückkehrer machen es ebenso.

Spät in die Fremde

Stojana und Mihajlo Golubović sind erst 1991 nach Schweden gegangen. Da waren sie beide schon über 50. Davor bewirtschafteten sie gemeinsam den kleinen Hof, und Mihajlo verdiente ein bisschen Geld als Musikant, er trat mit ein paar Kollegen bei Hochzeiten und Volksfesten auf. Man konnte leben, sagt er, bescheiden, aber es ging.

Anfang der 90er Jahre, als der wirtschaftliche Zusammenbruch begann, ging es nicht mehr. Da wollten dann fast alle, die hier noch ausgeharrt hatten, weg. Die meisten schafften es nur nach Italien, wo die Grenzen offener, die Arbeitsbedingungen aber schlechter waren als im Norden. Die Golubovičs durften nach Schweden, weil ihre Tochter dort schon ein paar Jahre lebte und mit ihrem Mann eine Reinigungsfirma aufgebaut hatte. So bekamen sie eine Arbeitsgenehmigung und arbeiteten als Putzkräfte. Anderen serbischen Männern wäre das wohl peinlich gewesen, meint Mihajlo, aber ihm war das egal. Nach sieben Jahren musste er sich mehreren Operationen unterziehen, war lange im Krankenstand und kam schließlich in Frühpension. Stojana arbeitete noch bis zu ihrem 65. Geburtstag, dann kehrten sie zurück. Das war 2005.

Beide erhalten eine schwedische Pension, zusammen etwa 13.000 Schwedische Kronen (knapp 1300 Euro). Andere pensionierte Gastarbeiter im Dorf bekommen mehr, aber es geht auch so nicht schlecht. „Einheimische“ Pensionisten leben mit sehr viel weniger, und seine Musikantenkollegen,

die, wie er damals, nicht versichert waren, müssen noch heute, als alte Männer, durch die Dörfer tingeln.

Glück gehabt

Das sagt Gorbatschow oft: Glück gehabt. Die Golubovičs sind sehr zufriedene Menschen. Mihajlo erzählt von ihrem Glück, und Stojana lächelt dazu und schweigt.

Der Zeitpunkt ihrer Ausreise: Glück. Nicht zu früh und nicht zu spät. Ein Jahr später – da waren schon die Sanktionen über „Restjugoslawien“ verhängt – hätten sie wahrscheinlich gar nicht mehr ausreisen können. Das schwierigste Jahrzehnt ihres Landes haben sie im ruhigen Schweden verbracht, bei ihrer Familie, und sie konnten dort Geld sparen für ihr schönes Haus.

Und nicht zu früh: Jene Gastarbeiter, die schon in den 60ern oder 70ern das Land verlassen haben, beneiden sie nicht. Denn deren Kinder, da macht sich keiner mehr Illusionen, kehren nicht zurück. Häufig haben sie überdies Probleme, weil die Familien schon früh auseinandergerissen wurden. Die kleinen Kinder blieben bei den Großeltern und sahen ihre Eltern zweimal im Jahr. Das entfremdet.

Bei den Golubovičs dagegen blieb der familiäre Rahmen intakt. Sie lebten in der traditionellen Drei-Generationen-Familie, die hier noch heute das Ideal darstellt. Die Tochter verließ Haus und Land erst, nachdem sie geheiratet hatte, sie hat den Bezug zu Familie und Dorf nie verloren. Deshalb wird sie zurückkehren. Ihr Mann auch. Ihre Kinder auch. Wir werden gemeinsam hier vor dem Haus sitzen, sagt Mihajlo. Wir sind eine Familie, sagt Stojana, bei uns ist das so.

„Mein kleines Schweden“

„Stell dir vor, du putzt dir am Ersten des Monats die Schuhe und am Letzten glänzen sie immer noch: das ist Stockholm.“ Die Golubovičs lieben Schweden: die Ordnung, die klaren Regeln, besonders die Sauberkeit. In allem das Gegenteil von Serbien. Und die Medizin: Gorbatschow glaubt, dass er heute tot wäre, wenn ihn nicht schwedische Ärzte operiert hätten. Glück gehabt. Und die Schweden sind korrekt, ein bisschen reserviert vielleicht, aber immer korrekt. Wir haben uns aber auch schnell angepasst, sagt Mihajlo. In der Wohnung herrschte Rauchverbot, wie bei den Schweden. Und wenn Besuch kam, war um 22 Uhr Ruhe.

Erinnerungsstücke aus Stockholm haben sie nicht in ihrem Haus, nicht einmal Fotos. Aber Mihajlo hat eine Idee mitgebracht und

sie hier verwirklicht: den Swimmingpool. Schweden haben Swimmingpools, hier im Dorf hat nur er einen. „Mein kleines Schweden.“ 15.000 Euro alles zusammen. Er greift hinein, 24 Grad, Badetemperatur. Im Dorf lachen die Leute über ihn, weil sie wissen, dass weder er noch seine Frau ins Wasser gehen, aber das ist ihm egal. Mihajlo schaltet die Wellenmaschine ein, und schon plätschert es wie am Meer.

Verinnerlichte Korrektheit

Hier, am Pool, sitzen sie gern an Abenden, wenn Freunde zu Besuch sind. Dann wird gegrillt, und Mihajlo holt seinen guten Schnaps aus dem Keller, den er im Eichenfass lagert. Das hat ihnen schon ein bisschen gefehlt bei den Schweden. Korrekte Menschen, aber die Geselligkeit haben sie nicht erfunden. Allerdings, die geselligen Abende sind auch hier selten geworden. Es sind ja alle weg aus dem Dorf. 70 Prozent? 80 Prozent? Niemand weiß das genau. Und die Gastarbeiter, die zu lange im Ausland waren, haben sich verändert, beklagt Gorbatschow. Sie leben zurückgezogen in ihren Häusern, wie man das im Westen macht.

Duboka, sechs Wochen später. Gastarbeitersaison. Vor den Häusern stehen große Autos mit österreichischen, deutschen, italienischen Kennzeichen. Auch Gorbatschows Familie ist gekommen, zweieinhalbtausend Kilometer mit dem Auto aus Stockholm, Tochter, Schwiegersohn und ein Enkel, der zweite wollte nicht. Wir sitzen am Pool. Die Tochter erzählt vom ordentlichen Schweden und schimpft über die Zustände hier. Dreck und Staub. Und wie die Leute hier reden, wie vulgär sie fluchen! Ihrem Sohn verbietet sie deshalb, ins Dorf zu gehen. Stojana sitzt daneben und lächelt. Ich frage die Tochter (als wir allein sind), ob ihre Familie zurückkehren wird. Nein. Sie haben sich in Stockholm ein Haus gebaut, kaum kleiner als dieses hier, für drei Generationen, da haben einmal auch ihre Enkel Platz. Beste Wohnlage, am Stadtrand, sauber, ausländerfrei.

Horst Widmer

ist freier Autor, schreibt Reportagen und Reiseerzählungen, seit 2004 mit Schwerpunkt Serbien.

RÜCKKEHRER – POV RATNICI

Pensionierte Gastarbeiter in Ostserbien

Wer zum ersten Mal durchs östliche Serbien fährt, wird verblüfft, auch erschreckt sein von der Vielzahl übergroßer, pompöser, oftmals hoffnungslos kitschiger Häuser. Als wären sie von einem anderen Stern in diesen Winkel der Welt gefallen, exotische Gebilde, schillernde Fremdkörper in einer von Armut, Arbeitslosigkeit und Entvölkerung geprägten Region.

Gastarbeiterhäuser: Sie sind Statussymbole, natürlich, aber sie erzählen auch die Geschichten von Menschen, die jahrzehntelang im Ausland gearbeitet und gespart haben, die Sommer für Sommer an diesen Häusern gebaut haben auf ein einziges Ziel hin: die zunächst für eine nahe Zukunft geplante, dann immer wieder verschobene, oft gar nicht mehr erlebte Rückkehr.

2006 war ich zum ersten Mal dort, sechs Monate lang im östlichen und südöstlichen Serbien. Da traf ich auch erstmals „Gastarbeiter“, die nach ihrer Pensionierung in ihre Dörfer zurückgekehrt waren und mir schilderten, mit welchen Schwierigkeiten diese Entscheidung für sie verbunden war: Spezifische Probleme einer Generation, die in unserer öffentlichen „Ausländerdebatte“ vollkommen ausgeblendet bleiben.

Für das Projekt „Viel Glück!“ sind wir (Gernot Puck hat mich als Fotograf begleitet) in zwei Etappen – im Juni und im August 2009 – durch Dörfer der zwei am meisten von Arbeitsmigration betroffenen Verwaltungsbezirke Serbiens, Braničevo und Bor, gereist. „Rückkehrer – Povratnici“ versammelt Porträts von Rückkehrern, aber auch von „Rückkehrwilligen“, die sich zu einer endgültigen Entscheidung noch nicht haben durchringen können. Trotz ihrer sehr unterschiedlichen Lebensumstände – manche sind ihrem Traum, spät aber doch, relativ nahe gekommen, bei anderen ist er zum Albtraum geworden – sind es doch im Wesentlichen dieselben Problembereiche, die in ihren Erzählungen auftauchen.

Geplatzter Traum von der Familie

Wer zurückkehrt, ist in der Regel allein. Kinder (und Enkel) sind im Westen, sie kehren mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zurück. Wo Kinder in Serbien geblieben

sind, ist die Beziehung zwischen Eltern und Kindern oft gestört. Der Traum, das große Haus würde einmal der Ort sein, an dem sich die traditionelle, große Familie wieder vereint, ist geplatzt. Deshalb sprechen pensionierte Gastarbeiter häufig von ihrem Besitz nicht mehr mit Stolz, sondern mit Verbitterung: „Der größte Fehler unseres Lebens“.

Und: Wer soll für sie sorgen, wenn sie es selbst nicht mehr können?

Schwierige Reintegration

Es fällt ihnen schwer, sich ins Leben eines Dorfes einzufügen, das sie seit Jahrzehnten nur noch aus dem Urlaub kennen. Sie haben sich an den Lebensstil und –standard der reichen Länder gewöhnt, hatten meist nur mit anderen Gastarbeitern zu tun, die ebenso leben und denken wie sie. Das Leben im ostserbischen Dorf (das sich natürlich inzwischen auch verändert hat), die Menschen, ihre Mentalität sind ihnen fremd geworden.

Und sie fühlen sich nicht willkommen, fühlen sich, wegen ihres relativen Reichtums, zu Unrecht beneidet von Leuten, die ja nicht wissen, wie hart sie dafür gearbeitet und unter welchen Entbehrenungen sie gelebt haben. Was sie schon als Gastarbeiter erlebt haben, trifft auch nach der Heimkehr zu: „Wir sind weder hier noch dort zu Hause.“

Gesundheit im Alter

Pensionierte Gastarbeiter sind krank. Fast alle, mit denen ich gesprochen habe, haben schwere Operationen hinter und/oder vor sich. Die Gesundheitsversorgung in Ostserbien ist schlecht. Die Gastarbeiter haben lange ins gute Gesundheitssystem ihres „Gastlands“ eingezahlt und möchten es natürlich gerade im Alter, wenn sie es am meisten brauchen, auch nützen.

Rückkehrer dürfen das nicht. Am Beispiel Österreich – Serbien: Wer seinen Wohnsitz nach Serbien verlegt, ist in Österreich nicht mehr krankenversichert. Er darf sich, gemäß bilateralem Abkommen, in Serbien auf Kosten der österreichischen Krankenkasse behandeln lassen, nicht aber in Österreich. Wer in Österreich nicht seinen Lebensmittelpunkt hat, hier aber gemeldet bleibt und ärztliche Behandlungen in Anspruch nimmt, macht sich strafbar.

Die gesetzlichen Regelungen zur Krankenversicherung sind für viele der Punkt, der ihnen die Entscheidung zur Rückkehr besonders erschwert.

Um wie viele Menschen geht es hier? Wie viele Gastarbeiter sind in Pension? Wie lange waren sie „Gäste“? Wie viele bleiben, wie viele kehren in ihre Heimat zurück? Wie hoch sind ihre Pensionen? Es gibt eine Reihe von Statistiken, die Teilaspekte dieser Fragestellungen abdecken, aber ihre Zahlen ergeben, aufgrund unterschiedlicher Methoden und Zielsetzungen, kein stimmiges Bild. Eine der Aufgaben von „Rückkehrer – Povratnici“ ist es daher auch, Antworten auf ein paar dieser Fragen zu finden.

Eins sei vorweggenommen: Gastarbeiter, die, gleichgültig in welches Land, zurückgekehrt sind, beziehen nicht häufiger Früh- oder Invalidenpension als der Durchschnitt österreichischer Rentner.

Horst Widmer

DER GOLDENE OSTEN

Auswanderung ins Heimatland der Großeltern

Gamze Ongan

Die türkischstämmige Bildungselite in Deutschland wandert aus. Junge, in Deutschland geborene oder aufgewachsene Menschen, zumeist AkademikerInnen, werden wie einst ihre Eltern zu MigrantInnen. Sie kehren Deutschland den Rücken, meistens Richtung Türkei, vor allem nach Istanbul. Eine Entwicklung, die lange vor der Wirtschaftskrise eingetreten ist – Tendenz steigend.

Die Zahl der offiziellen Abmeldungen in Deutschland mit dem Ziel Türkei bewegt sich jährlich um die 40.000. Bei einem Großteil davon soll es sich um Deutsch-TürkInnen der sogenannten zweiten und dritten Generation handeln, die sich auf eigenem Wunsch in dem Heimatland der Eltern und Großeltern niederlassen.

Im Rampenlicht stehen Fußball- und Popstars, die in großen Sportklubs und im boomenden Unterhaltungssektor der Türkei Erfolge feiern. Weniger prominent, aber ebenfalls erfolgreich sind etwa drei junge Frauen, die ein Kleinunternehmen für die pflegerische Betreuung deutscher Dau-

ertouristInnen aufbauen; FacharbeiterInnen oder IngenieurInnen in deutsch-türkischen Industriebetrieben, geschätzt wegen ihrer als „deutsch“ geltenden Arbeitsmoral oder JuristInnen in Anwaltsbüros mit internationalem Kundenstamm.

Weltmetropole statt Provinz

„Es war schon seltsam für mich, aus wirtschaftlichen Gründen in das Land zurückzukehren, das meine Eltern 1976 aus wirtschaftlichen Gründen verließen“, sagt Şenay Azak Matt. Sie kam im Alter von fünf Jahren mit ihren Eltern aus Rize am Schwarzen Meer nach Günzburg. Dort machte sie das Abitur, studierte Betriebswirtschaft und ging als Bankerin nach Istanbul. Sie leitet die Repräsentanz der deutschen Aareal-Bank, die sie selbst aufgebaut hat.

An deutschen Universitäten sind 24.000 Studenten mit türkischem Hintergrund eingeschrieben. Die Eingebürgerten sind darin nicht enthalten. Sie studieren verglichen mit deutschen StudentInnen häufiger an ingenieur- oder wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, auch Medizin und Jura sind beliebte Studienfächer.

Nach einer OECD-Studie ist die Arbeitslosenquote bei türkischstämmigen AkademikerInnen dreimal so hoch wie bei ihren deutschen KollegInnen und liegt bei 12,5 Prozent. Das Zentrum für Türkeistudien schickte identische Bewerbungen an Unternehmen, einmal mit deutschen und einmal mit türkischen Namen: Mit dem Ergebnis, dass BewerberInnen mit deutschen Namen zehnmal häufiger zum Bewerbungsgespräch eingeladen wurden.

Das Krefelder Institut *futureorg* hat für die Studie „Türkische Akademiker und Studierende in Deutschland“ (TASD) 250 Personen befragt, von denen drei Viertel in Deutschland geboren wurden. Gefragt wurden neben Aspekten zur Migrationsgeschichte der Familie, Einzelheiten zum Heimatbegriff, zu Berufs- und Karriereerwartungen auch die Rückkehrabsichten. 38 Prozent der Befragten erklärten, sie wollten innerhalb der nächsten fünf Jahre in die Türkei auswandern (2004 waren es noch 28 Prozent).

Die meisten der Befragten (42 Prozent) gaben als Begründung an, in Deutschland fehle ihnen das Heimatgefühl, gefolgt von beruflichen Aufstiegschancen. 80 Prozent bescheinigten der deutschen Integrationspolitik eine geringe bis fehlende Glaubwürdigkeit.

Der Wunsch auszuwandern ist entsprechend dieser Studie bei den in Deutschland Geborenen genauso groß wie bei den älteren in der Türkei Geborenen, bei Gutverdie-



nenden genauso wie bei Geringverdienern. Wäre die Frage anders formuliert worden, nämlich nicht dezidiert Türkei, sondern überhaupt Ausland – etwa in Länder, die Talente abwerben wie Kanada, USA, oder die Vereinigten Arabischen Emirate – wäre die Zahl wohl viel höher ausgefallen, vermutet der Studienleiter Kamuran Sezer. Die meisten Auswanderungswilligen sind im Übrigen Frauen.

Abwerbung von Talenten

Ein weiterer Grund für die Auswanderung ist, dass die Fähigkeiten dieser Gruppe umworben werden. Nach Marc Landau, Chef der Deutsch-Türkischen Handelskammer in Istanbul, sind die Chancen für gut ausgebildete RückkehrerInnen hervorragend. Während sich früher etwa 50 deutsche Unternehmen jährlich in der Türkei ansiedelten, waren es in den vergangenen drei Jahren jeweils zwischen 300 und 400. Gründe für diesen Anstieg sind die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005, ein Wirtschaftswachstum von rund acht Prozent pro Jahr und der junge, konsumfreudige Markt.

Vertreter von Mercedes Benz, Metro Group, aber auch von mittelständischen Unternehmen sitzen im Beirat der Türkisch-Deutschen Studenten und Akademiker-Plattform und suchen für ihre Dependancen in der Türkei ZweisprachlerInnen, die in deutschen Strukturen denken und gleichzeitig mit der Kultur der Türkei vertraut sind.

Es geht hierbei auch wie so oft um die klassischen Push- und Pull-Faktoren: In Istanbul lässt sich in bestimmten Bereichen besser verdienen als in Deutschland. Die Stadt bietet gerade jungen Leuten viel an Kunst, Kultur und Entertainment an. Es geht aber auch um Abenteuer, Aufbruch, den Reiz des Neuen und um Istanbul – die *Sehnsuchtsmetropole*.

„Einer von drei Besten“

Der 34jährige Diplompsychologe Ediz Bökli arbeitet als Personalberater in Deutschland. Er hat Daten von rund 4000 in Deutschland sozialisierten türkischstämmigen AkademikerInnen erfasst. Sein Job ist es, diesen Leuten einen attraktiven Job im Ausland zu vermitteln. Laut Bökli werden in der Türkei besonders BetriebswirtInnen und IngenieurInnen gesucht. Deutschtürken, die beide Kulturen kennen und beide Sprachen perfekt beherrschen. Auch die Bundesagentur für Arbeit vermittelt in die Türkei.

Bökli selbst bekam selbst eine Absage von einem Unternehmen, bei dem er sich

beworben hatte: „Sie waren einer von drei der Besten, aber die Einheit besteht nur aus Deutschen und da könnte es interkulturelle Probleme geben.“

Heimatlos und Weltbürgerin

Migrationsforscher Ayhan Kaya von der Bilgi-Universität in Istanbul spricht von einer „Abwanderung der Intelligenz“. Aber muss man sich im Zeitalter von Internet und Billigfliegern überhaupt für ein Land entscheiden? Bei dieser Gruppe geht es weder um Rückkehr, noch um Auswanderung, sagt Kaya, sondern um TransmigrantInnen, die Verbindungen behalten und ein weiteres Leben aufbauen.

Das bestätigt die 23jährige Einzelhandelskauffrau Oya Yıldız: „In einem Zeitalter, wo alle im Internet sind und alle ein Handy haben und wo ich für 50 Euro 3000 Kilometer weit fliegen kann, sehe ich das nicht so als Problem.“

Auch die 1973 in Essen geborene Pinar Beyaz, Sprachlehrerin im Goethe Institut in Istanbul, legt sich nicht fest: „Ich bin tatsächlich heimatlos und Weltbürgerin. Daher weiß ich auch nicht, ob ich immer hier bleibe, oder ob ich nach Deutschland gehe, oder woanders hingehe.“

Rückkehrerstammtisch in Istanbul

In Istanbul trifft man sich monatlich beim „Rückkehrerstammtisch“, der 700 Namen auf dem Verteiler hat. Die Mitorganisatorin Çiğdem Akkaya folgte 1980 der Mutter nach Deutschland. Sie studierte in Essen Wirtschaftswissenschaften und wurde stellvertretende Direktorin im Zentrum für Türkei studien. Dann sei sie es leid gewesen, sich ständig mit Kopftuch, Ehrenmord und EU-Mitgliedschaft zu beschäftigen. „Das war immer so negativ. Ich wollte irgendwo leben, wo meine Existenz nicht ständig in Frage gestellt wird.“ Akkaya betreibt eine Agentur für Eventmanagement und organisiert Bildungsreisen für Deutsche.

Die Devise des „Rückkehrerstammtischs“: „Wer es in Deutschland immer gehasst hat, Ostereier zu bemalen, jetzt aber um die Osterzeit nostalgische Gefühle bekommt, ist bei uns richtig“. Hier gibt es auch erste Hilfe für NeuzuwanderInnen, die die Türkei nur aus dem Urlaub kennen und im Alltag überfordert sind. Man gibt sich gegenseitig Tipps etwa über Bürokratie oder das Gesundheitssystem.

Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sollen 2020 rund 230.000 IngenieurInnen, NaturwissenschaftlerInnen und TechnikerInnen

fehlen. Alles Studienfächer, die bei türkischstämmigen AkademikerInnen überproportional vertreten sind. Hingegen würden jährlich 25.000 mehr IngenieurInnen deutsche Hochschulen verlassen, wenn die Migrantenkinder gleiche Chancen hätten. Deutschlands Wirtschaft benötigt künftig dringend ausgebildeten Einwanderernachwuchs.

Kostbare Weggeher

Diejenigen, die Deutschland verlassen, lassen auch eine andere Lücke zurück. Der Berliner Politiker Özcan Mutlu würde am liebsten jede/n einzelne/n AkademikerIn hier halten. „Sie mögen als Brückenbauer zwischen den Ländern wichtig sein, aber mir als Bildungspolitiker sind sie zum Weggehen zu kostbar. Migranten dienen sie als Vorbilder dafür, dass es möglich ist, was zu erreichen, wenn man es nur will – und hart genug arbeitet.“ Ein Verlust für die Community, die Eliten und Vorbilder braucht.

„Die Hartz IV Empfänger wandern nicht aus“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün. Auch für sie ist die Abwanderung der AkademikerInnen ein „Horrorszenario“. Es verschwänden genau diejenigen, die Brücken zur deutschen Mehrheitsgesellschaft schlagen könnten. Türkische Eliten werden in Deutschland gebraucht, um bei der Integration breiter Schichten voranzukommen. Eliten sind aber selbstbewusst und anspruchsvoll. Sie brauchen eine eigene Ansprache, die in Deutschland weitgehend fehlt.

Die Juristin Dilşad Budak, 27, bringt es auf den Punkt: „Ich habe den Luxus wegzugehen, weil ich überall durch meine Qualifikation anerkannt werde. Das ist ein interessantes Phänomen und in Deutschland macht man sich zu wenig Gedanken darüber.“

Fußnote:

¹ www.tasd.futureorg.de

Zitate stammen zum Teil aus Berliner Zeitung, die Tageszeitung, der Spiegel, WAZ im Westen und Kulturaustausch sowie vom Deutschlandradio Berlin und NDR-Radio (2008).



Nach einer Unterscheidung der kroatischen Schriftstellerin Dubravka Ugrešić gibt es Flüchtlinge, die über Fotos (ihres verlassenen Hauses, ihrer Heimat, ihrer Familie) verfügen, und Flüchtlinge, die ohne solche Bilder auskommen müssen. Dies ist ein unkonventioneller, aber deutlicher und nicht zufällig von einer Künstlerin vorgebrachter Hinweis auf die Bedeutung von Bildern für die Verortungsprozesse von migrantischen Subjekten.

Wenn Migration im buchstäblichen Sinne als räumliche Veränderung zu begreifen ist und der In/Existenz von Fotos eine derartige Relevanz zugesprochen wird, dann muss nach den Relationen von Bildern und Räumen der Migration gefragt werden. Die Ausstellung „Räume der Migration“ (Arbeitstitel) widmet sich den Funktionen materieller und immaterieller Bilder in alltäglichen Lebenszusammenhängen, in kulturellen und politischen Artikulationen von MigrantInnen. Die beteiligten KünstlerInnen fragen nach der „angemessenen“ Darstellung von Aspekten der Migration und nähern sich über eine Reihe von Bildtypen – von traumhaften Sequenzen bis zur Re-Inszenierung früherer Erfahrungen – einer Typologie von Räumen der Migration. In den Fokus geraten dabei Räume des Transits, der Kontaktzonen, der mentalen und medialen Räume der Erinnerung und Utopie sowie die transnationalen sozialen Räume der Migration.

„Turbulence of Migration“

Nikos Papastergiadis spricht von der „Turbulence of Migration“ und bezeichnet damit eine unruhige, unvorhersehbare, kaum zu kontrollierende Bewegung ohne eindeutigen Anfang oder Ende.¹ Migration – das sind viele ungleiche, miteinander verschränkte Prozesse, die sowohl historisch und geografisch als auch kulturell weiträumig ausfransen und eine Vielzahl von Lebensbedingungen, Alltagspraktiken,

Identitäten, Sprachen und Stilen einschließen, neu hervorbringen und ständig verschieben. Eines der zentralen Probleme der Migration ist die ungeheure Diskrepanz zwischen der Diversität und Dynamik ihrer Wirklichkeiten und der simplifizierenden Darstellung in vorherrschenden Diskursen und Bildwelten. Kunst interveniert in dieses letztlich politische Konfliktfeld, wenn sie einer tendenziell uneinholbaren Varianz von Sachverhalten und Erfahrungen beispielhaft Form verleiht und zugleich das Problem der Repräsentation selbst in diese Arbeit an der Sichtbarkeit mit einschließt.

Destabilisierung der Vorstellungen

Die Frage nach dem Verhältnis der Darstellung zum Dargestellten hat die Kunst über Jahrhunderte beschäftigt und sie damit zu einer Spezialistin für die physiologischen, psychologischen und sozialen Dimensionen des Sehens und der Visualisierung gemacht. Gehen wir davon aus, dass die Selbstbilder und die Vorstellungen vom Anderen im Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten zu einem hohem Grad von medial materialisierten Images bestimmt sind und dass Kunst aufgrund ihrer Kompetenz für Fragen der Repräsentation vornehmlich auf dem Gebiet der Bildproduktion und Bildkritik ihre Wirksamkeit entfalten kann, dann scheint das nahe liegende Feld der künstlerischen Intervention das der (visuellen) Kultur zu sein. Im Unterschied zu integrativen Konzepten von Kultur, die von gemeinsamen Traditionen, Werten und Lebensformen ausgehen, oder der marxistischen Variante, die Kultur als ideologische Manifestation der herrschenden Klassen auffasst, ist Kultur hier als vieltimmiger und widersprüchlicher Prozess verstanden, als ein politisch umkämpftes Terrain der symbolischen Artikulation gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Widersprüche. Wenn der integrative

NEWS FROM ELSEWHERE

Räume der Migration

Christian Kravagna

Kulturbegriff mit seiner naturalisierenden Vorstellung von Gemeinschaft in den Debatten um Migration eine so fatale Rolle spielt, dann kann die künstlerische Intervention zur Destabilisierung solcher Vorstellungen beitragen.

Visualisierung des Unterbelichteten

Das spezifische Potential künstlerischer Äußerungen besteht vor allem in der Differenzierung, Vervielfältigung und Verkomplizierung von Bildern der Migration, die in den Darstellungen, die der vorherrschende Kulturbegriff (und selbst manche Politikunst) produziert, einer extremen Verengung unterliegen. Die Ausstellung „Räume der Migration“ setzt daher solche künstlerische Arbeiten zueinander in Beziehung, die weniger einem direkten Zugriff auf die „Wirklichkeit“ oder dem Modell der ästhetischen Illustration offensichtlich politischer Statements verpflichtet sind, als dass sie sich mit assoziativen, performativen und poetischen Mitteln an die Visualisierung von unterbelichteten Zonen migrantischer Räume herantasten. Diese „Mikropolitiken“ der Repräsentation, die das Subjektive nicht als Marginalie des Politischen verstehen, arbeiten an einer Engführung darstellerischer Möglichkeiten und Limits mit ihren Gegenstandsbereichen – jenen Räumen der Migration, aus denen sie selbst ihre künstlerische Energie beziehen.

Fußnote:

¹ Nikos Papastergiadis, *The Turbulence of Migration*, Cambridge: Polity Press 2000.

Christian Kravagna

ist Kunsthistoriker, lehrt an der Akademie der bildenden Künste und kuratiert die „Kunstaussstellung“ im Rahmen des Projekts „Viel Glück!“.

In den letzten Jahren entwickelte sich im Flüchtlingsrecht ein Trend weg vom klassischen Schutz durch die Genfer Flüchtlingskonvention und hin zu **VORÜBERGEHENDEN SCHUTZFORMEN**.

[Nora Pichler, migraLex 2005/93]



1a-c AKTION ZUR IRRATIONALITÄT DER FLÜCHTLINGSPOLITIK [27. Mai 1995, Donaukanal, Wien] „Den nationalen Konsens sprengen | Grenzen auf | Bleiberecht für alle | Gegen Deportationspolitik“ Um Kritik an der österreichischen und europäischen Flüchtlingspolitik zu üben, durchschwimmen AktivistInnen in Wien den Donaukanal. In den folgenden Jahren nehmen transnationale aktivistische Vernetzungen gegen die immer repressiveren Tendenzen in Migrations- und Asylpolitiken zu. **2a** „Man könnte durchaus auch an eine Reform des Asylbereichs mit einem Übergang zu weniger rechtsstaatsorientierten, sondern eher **POLITISCH ORIENTIERTEN SCHUTZKONZEPTEN** denken“ [Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik, Dok.Nr. 9809/98 CK4 27 ASIM 170] Zum Auftakt der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs wird am 1. Juli 1998 das sog. „Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik“ vorgelegt. Es ist ein informelles Papier, sickert in der Folge jedoch an die Öffentlichkeit und löst Kritik und Proteste aus. U.a. wird darin eine Abkehr von der Genfer Flüchtlingskonvention nahe gelegt. Generell schlägt das Papier eine stärkere Europäisierung der Migrations- und Asylpolitik vor, die von Kontrolle, Abschottung und Sanktionspolitiken geprägt ist. **2b** Dezember 1998: Einrichtung der Hochrangigen Arbeitsgruppe Asyl und Migration mit dem Auftrag »horizontale Analysen einer begrenzten Anzahl von Herkunftsländern von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern zu erstellen und auf dieser Grundlage konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur **STEUERUNG ODER EINDÄMMUNG DER MIGRATIONSSTRÖME** aus diesen Ländern zu unterbreiten.“ [Presseerklärung des Rates vom 3.12.1998]



Text/ Bildarbeit von Vida Bakandy, Rosmarie-Dobhoff-Dier, Simonetta Fefoglia, Heinrich Pichler
Video: Volkstheater Favoriten (Sabine Mantel)

3a Im Februar 2006 beschließt das Europäische Parlament, gegen die am 1.12.2005 vom Rat angenommene Richtlinie über Mindestnormen für erstinstanzliche Asylverfahren (Asylverfahrensrichtlinie) zu klagen. Die Asylverfahrensrichtlinie löste massive Proteste beim Europäischen Parlament und bei Menschenrechtsorganisationen aus. Hauptkritikpunkte: a.) Der Flüchtlingsschutz wird weitgehend auf Herkunfts- und Transitländer ausgelagert, die EU umgibt sich mit einem **RING VERMEINTLICH SICHERER DRITTSTAATEN**. b.) Die aufschiebende Wirkung durch eingelegte Rechtsmittel wird nicht gesetzlich verankert: Asylsuchende können vor Abschluss der Gerichtsentscheidung abgeschoben werden. Urteil des Europäischen Gerichtshofs aufgrund der Klage: Das EU-Parlament hat das Recht, bei der Erstellung der Liste sicherer Drittstaaten durch den Ministerrat mitzuentcheiden. **3b INNERSTAATLICHE FLUCHTALTERNATIVE § 11. (1) Kann Asylwerbern in einem Teil ihres Herkunftsstaates vom Staat oder sonstigen Akteuren, die den Herkunftsstaat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebietes beherrschen, Schutz gewährleistet werden, und kann ihnen der Aufenthalt in diesem Teil des Staatsgebietes zugemutet werden, so ist der Antrag auf internationalen Schutz abzuweisen (Innerstaatliche Fluchtalternative).** [Auszug österreichisches Asylgesetz 2005] Im Asylgesetz 2005 wurde die innerstaatliche Flucht bzw. Schutzalternative als Ausschlussgrund von Recht auf Asyl oder subsidiärem Schutz erstmals rechtlich verankert. Laut einer Stellungnahme von Amnesty International (Mai 2005) ist dies nicht konform mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Zudem erfolgt die Prüfung, ob diese Schutzalternative gegeben ist, ausschließlich aufgrund der Verhältnisse zum Zeitpunkt des Asylverfahrens, nicht jedoch zum Zeitpunkt der Flucht.

GLAUBE IST KEINE INTEGRATIONSBARRIERE

Das Projekt „Religiosität und Akkulturation“

Tatjana Schnell

Mit der Zuwanderung steigt auch die religiöse Vielgestaltigkeit eines Landes. Während 1971 noch 87 Prozent aller ÖsterreicherInnen der römisch-katholischen Kirche angehörten, sind es 2001 nur noch 74 Prozent. Der Anteil der MuslimInnen stieg in dieser Periode von 0,3 auf 4 Prozent. DemografInnen gehen davon aus, dass sich die religiöse Landschaft in den nächsten 50 Jahren weiterhin stark verändern wird. Angesichts solcher Veränderungen stellt sich die Frage, wie Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und religiöser Zugehörigkeit gelingen kann.

Mehrere Studien weisen Integration als günstige Form der Akkulturation aus. Sie steht für Anpassung an das Aufnahmesystem bei gleichzeitigem Erhalt der ursprünglichen kulturellen Identität. Welche Rolle spielt Religiosität in diesem Kontext? Stellt sie eine Integrationsbarriere dar, wie so oft populistisch verlautbart? Im Anschluss an eine Migrationsstudie des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte schließen Evrensel und Höbart (2004: 89): „In einer Situation, die von Veränderungen im Umfeld geprägt ist, kann [Religiosität] ein stabilisierender, Identität stiftender Faktor sein. (...) Sie kann jedoch auch im Licht des neuen Umfelds einen anderen Stellenwert erhalten und verklärt oder abgelehnt werden“.

Identifikationsmöglichkeit Religion

In einem von der Ludwig-Franzens-Universität Innsbruck geförderten Projekt haben wir unter anderem untersucht, ob und in welcher Form Religiosität Migrationsprozesse unterstützen oder auch erschweren kann. Mit der Bitte um Teilnahme wurden Vereine und Institutionen mit Migrationsbezug in Tirol angeschrieben und Zugewanderte persönlich angesprochen. Repräsentativität der Stichprobe konnte nicht angestrebt werden, da keine entsprechende Adressdatenbank vorliegt, etliche der Angesprochenen aus Furcht vor einem

Missbrauch der Daten nicht teilnahmen und viele nur ungenügende Sprachkenntnisse aufwiesen. Insgesamt 107 Menschen mit Migrationshintergrund – ein Großteil aus der Türkei und Osteuropa – füllten die Fragebögen aus; statistische Kennwerte belegen die Konsistenz der Beantwortung. Betrachtet man die Ergebnisse der muslimischen TeilnehmerInnen, so erweisen sich über zwei Drittel als integriert. Sie haben gute Sprachkenntnisse, erleben wenig Akkulturationsstress, berichten von relativ hoher Sinnerfüllung und Wohlbefinden. Gleichzeitig ist Religiosität hoch ausgeprägt. In Österreich geborene MuslimInnen weisen gar noch deutlich höhere Werte religiöser Überzeugung auf als die Elterngeneration – was dafür spricht, dass der Glaube für junge MuslimInnen eine eigenständig angestrebte Identifikationsmöglichkeit darstellt. Ein systematischer Zusammenhang zwischen Religiosität und Integration ließ sich *nicht* finden: Religiöse Überzeugtheit ist somit kein Hinderungsgrund für Integration.

Politische Mitgestaltung ermöglichen

Besondere Aufmerksamkeit sollte auf die Gruppe derjenigen gerichtet werden, die sich separieren: Sie pflegen minimalen Kontakt mit der Aufnahmegesellschaft und orientieren sich allein an ihrer Herkunftskultur. Die Daten weisen auf mögliche Gründe für Separation hin: Sprachkenntnisse sind in dieser Teilstichprobe mangelhaft, der erlebte Akkulturationsstress ist hoch (vor allem Probleme beim Verstehen der österreichischen Kultur, durch Unfreundlichkeit und Vorurteile von ÖsterreicherInnen, bei der Berufsfindung und mit dem Klima). Integration ist unter diesen Voraussetzungen offenbar eine (zu) schwierige Option. Stattdessen zeigt sich eine Hinwendung zu Fundamentalismus und islamischer Identität. Allerdings schlägt auch dieser Bewältigungsversuch einer prekären Situation fehl: Die Betroffenen erfahren ihr Leben als wenig sinnerfüllt. Je stärker ihre Identifikation mit dem Islam, desto geringer ist das subjektive Wohlbefinden. Und mit dem Fundamentalismus steigt die *fatalistische Externalität*: das Gefühl, keine Kontrolle über das eigene Leben zu haben, ein Spielball des Schicksals zu sein.

Die Daten liefern somit wichtige Ansatzpunkte für einen konstruktiven Umgang mit Migrationsproblemen. Um Separation und Rückzug in sogenannte ‚Parallelgesellschaften‘ vorzubeugen, ist eine Einschränkung der Religionsausübung weder legal, noch zweckdienlich. Eine Förderung der Sprachkenntnisse – auch bisher schon Bestandteil österreichischer Integrationspolitik – ist eine wichtige Bedingung für gelungene Akkulturation. Doch es geht um mehr als Kenntnisse und Fertigkeiten: Erst, wenn Zugewanderte auch praktisch, im Lebensalltag willkommen geheißen werden, kann ein Wille zur Integration wachsen. Eine Verringerung des erlebten Akkulturationsstresses hängt vom Verhalten aller Mitglieder der Aufnahmegesellschaft ab. Und Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung und Verantwortungsübernahme machen eine Hinwendung zum Fundamentalismus obsolet – indem sie es erlauben, die Kontrolle über das eigene Schicksal zurück zu gewinnen.

Literatur:

Evrensel, A. & Höbart, C. (2004): *Migration im Österreichischen Roten Kreuz*. Gesamtstudie. Wien. www.rotekruz.at/show_medium.php?mid=4308, 10.04.2006.

Tatjana Schnell

ist Psychologin und evangelische Theologin. Als Universitätsassistentin an der Universität Innsbruck ist sie zuständig für das Fach Persönlichkeits- und Differentielle Psychologie.

ALPHABETISIERUNGSMODELLE FÜR ROMA

Good Practice durch das Alpha Laboratorium

Cornelia Kogoj

Das Projekt Alpha Laboratorium verfolgt das Ziel, den Zugang zu Basisbildung und Bildungsabschlüssen für diskriminierte Gruppen zu verbessern. Die Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben soll einen Beitrag zum Abbau von Diskriminierungen leisten.

Seit der Osterweiterung sind Roma die größte ethnische Minderheit innerhalb der Europäischen Union. Schätzungen gehen davon aus, dass in der EU zwischen acht und zwölf Millionen Roma leben. Der Großteil davon lebt in Zentral- und Osteuropa. Die Armutsquote unter den Roma ist oft bis zu zehnmal höher als bei der Mehrheitsbevölkerung, während ihr Bildungsstatus im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung und zu anderen Minderheiten sehr niedrig ist. Laut Schätzungen sind 80 Prozent aller Roma totale oder funktionale AnalphabetInnen. Der größte Teil davon sind Frauen.

Die Initiative Minderheiten arbeitet seit April 2008 an dem Projekt Alpha Laboratorium. Dabei geht es um eine Erhebung von Good-Practice-Modellen in der Alphabetisierung von Roma im europäischen Vergleich. Die KooperationspartnerInnen im Projekt sind die Gesellschaft für politische Bildung, die muslimische Frauenorganisation SOMM in Graz und die Migrantinnenorganisation MAIZ in Linz. Das Alpha Laboratorium wird durch die Abteilung Erwachsenenbildung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur finanziert.

Lernen aus serbischen Erfahrungen

Usnija Buligović, die das Alpha Laboratorium für die Initiative Minderheiten bis jetzt geleitet hat, führte eine Recherche von Roma-Alphabetisierungsprojekten in Serbien durch. Aufgrund der serbischen Erfahrungen wurden auf Österreich bezogen folgende Erkenntnisse gewonnen:

- Trotz der von der EU ausgerufenen Roma-Dekade und einem sehr hohen Bedarf nach Alphabetisierungsprogrammen, gibt es zu wenig Angebote für die Basisbildung von erwachsenen Roma.

- Der Einsatz von Roma-LehrerInnen in der Basisbildung ist äußerst wichtig. Einerseits spielen sie als *Role Model* eine wichtige Rolle, andererseits genießen sie mehr Vertrauen und haben somit direkten Zugang zur Zielgruppe.

- Die Lehrenden sollten eine adäquate Einschulung über die Kultur und Geschichte der Roma bekommen, damit sie dieses Wissen weitergeben können.

- Der Unterricht sollte in einem vertrauten Rahmen stattfinden, etwa in kleinen Gruppen zu Hause.

- Lehrplan, Material sowie Unterrichtsdynamik und -zeiten sollten an die Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst werden.

- Um die Motivation zu erhalten, sollten nur kurzfristige Ziele gesetzt werden, die einen pragmatischen Nutzen haben (etwa Job oder Lehrstelle).

- Um die Alphabetisierungsmaßnahmen richtig einzusetzen, sollte es eine Zusammenarbeit zwischen Unterrichtsministerium, Roma-NGOs, Arbeitsmarktservice und Volkshochschulen geben.

Bis Projektende im September 2010 sind weitere Erhebungen in Deutschland und ein Workshop mit ErwachsenenbildnerInnen im Frühjahr in Wien geplant.



EZA – NATÜRLICH FAIR

EZA

NATÜRLICH FAIR



Seit 1975 setzt die EZA – Österreichs größte Fair Trade Importorganisation – den Fairen Handel in die Praxis um. Aus anonymen ProduzentInnen werden Menschen mit Gesicht und Stimme. In ihrem Angebot spiegeln sich Können und Kreativität von über 100 Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Genuss und Ästhetik verbinden sich mit Verantwortung gegenüber Mensch und Natur zu einem sinnvollen Ganzen.

EZA Fairer Handel GmbH · Wenger Straße 5 · 5203 Köstendorf, Austria · T 06216/20200-0 · office@eza.cc · www.eza.cc

DAS NETZ DER STRASSE

"Working Poor" organisieren sich international

Alexandra Siebenhofer

StraßenhändlerInnen sind in weiten Teilen der Welt ein zentrales Element der urbanen Versorgungskette. „Belohnt“ werden sie dafür mit prekären Arbeitsbedingungen und behördlichen Schikanen. Meist werden sie nicht als wichtige Komponente urbaner Lebensqualität wahrgenommen, sondern als störender Faktor im Stadtbild. Interessensvertretungen von StraßenhändlerInnen fordern daher einen qualifizierteren Umgang mit ihrer Berufsgruppe – und sind dabei überraschend gut vernetzt.

„Gebt uns Lizenzen und rechtliche Sicherheit!“, „Gebt uns eine Möglichkeit, unseren Lebensunterhalt zu verdienen!“; „Gebt uns Mitspracherechte!“ – das sind die Hauptforderungen der 1995 veröffentlichten „Bellagio Deklaration“ – dem ersten internationalen Forderungskatalog von StraßenhändlerInnen. Die Konferenz im italienischen Bellagio gilt als Startpunkt der globalen Vernetzung, die in der Gründung von *StreetNet International* im November 2002 ihre logische Fortsetzung fand.

Als Plattform für Interessensvertretungen von StraßenhändlerInnen konnte *StreetNet* unter anderem erreichen, dass Regierungen, Gewerkschaften und die internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) verstärkt auf die Belange von StraßenverkäuferInnen aufmerksam wurden.

Auf den ersten Blick ist es durchaus nicht zwingend, dass sich StraßenhändlerInnen ausgerechnet auf globaler Ebene organisieren, befinden sich doch ihre primären AnsprechpartnerInnen auf lokaler Ebene. Straßenverkauf findet meistens ohne offizielle Genehmigung statt. StraßenverkäuferInnen werden zwar geduldet, sind aber im Stadtbild unerwünscht. Häufig werden sie aufgrund anstehender Bauprojekte oder schlicht auf Anweisung der lokalen Behörden des Platzes verwiesen, was oft den Verlust ihrer Lebensgrundlage bedeutet. Die dringlichsten Forderungen drehen sich daher um das Recht auf die Nutzung öffentlichen Raumes, dessen Verwaltung zumeist der Stadtverwaltung oder den lokalen Behörden obliegt.

Die meisten Konflikte und Lösungen ergeben sich analog dazu zwischen StraßenhändlerInnen und lokalen Verwaltungen. Dass es dennoch sinnvoll ist, sich nicht nur auf lokaler Ebene sondern auch in größerem Rahmen zu organisieren zeigt der Vergleich der Situation in Peru und in Indien.

Zersplitterung in Peru

Sally Roever, verantwortlich für Straßenhandel bei der Forschungsplattform *Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing* (WIEGO), hat sich in ihrer Dissertation mit Straßenhandel in Lima beschäftigt. Die Politikwissenschaftlerin wollte wissen, wieso bis dato keine praktikablen Modelle für den Umgang mit Straßenhandel gefunden wurden – obwohl Straßenhandel in Peru seit mehreren hundert Jahren dokumentiert ist. Den Grund dafür sieht Roever in den

politischen Strukturen. Für die Regulierung von Straßenverkauf gibt es in Peru keine eindeutige behördliche Zuständigkeit. Das führt im Gefolge häufiger politischer Veränderungen auch zu großen Inkonsistenzen im Umgang mit Straßenhandel. Die Zersplitterung der Interessensvertretungen sieht Roever als eine der gravierendsten Folgen davon: „Es gibt keine Behörde, die durchgehend verantwortlich für Gesetze zum Straßenhandel ist. StraßenverkäuferInnen können daher keine Interessensvertretung gründen, deren Zugang zu dieser Behörde institutionell fixiert ist. Wenn ein neuer Gemeinderat oder ein neuer Bürgermeister gewählt wird konkurrieren die oft sehr kleinen Interessensvertretungen um die Gunst jener Personen, die helfen könnten, politische Maßnahmen durchzusetzen, Lizenzen zu bewilligen oder zu garantieren, dass StraßenverkäuferInnen nicht aus einer bestimmten Straße verwiesen werden.“

Diese Konkurrenzsituation führt dazu, dass StraßenhändlerInnen in sehr kleinen lokalen Einheiten organisiert sind. Oft, erklärt Roever, sind es nur die HändlerInnen einzelner Teile einer Straße, die sich in einer Organisation zusammenschließen. Eine der zentralen Herausforderungen für die peruanischen StraßenverkäuferInnen ist es, dieser Fragmentierung durch die Organisation in überregionalen oder zumindest städtischen Netzwerken entgegen zu wirken. Eines der vorrangigen Ziele einer solchen Organisation wäre, klare Verhältnisse für die Formulierung von möglichst landesweit gültigen Richtlinien zu schaffen.

Landesweite Mobilisierung in Indien

In Indien ist die überregionale Organisation bereits gelungen. Zwischen 1998 und 2003 formierte sich dort die *National Alliance of Street Vendors in India* (NASVI). Arbind Singh, treibende Kraft hinter der Gründung



Radio Stimme

Die Sendung für KopfhörerInnen

das politische magazin
abseits des mainstreams
auf den freien radios in österreich

www.initiative.minderheiten.at

WIEN - KÄRNTEN - INNSBRUCK - BLUDENZ - GRAZ - SALZBURG - LINZ - SALZKAMMERGUT

von NASVI, gibt als zentrales Motiv für die Gründung dieser Allianz vor allem die Forderung nach einer staatlichen Politik für StraßenhändlerInnen an. Nur eine solche nationale Richtlinie würde ermöglichen, lokale Verwaltungen in die Pflicht zu nehmen, so Singh.

2004 wurde in Indien nach einem zwei Jahre dauernden Prozess tatsächlich die „Nationale Richtlinie für StraßenverkäuferInnen“ verabschiedet. Dass dies letztendlich gelang, liegt laut Singh an der Beharrlichkeit und am Durchhaltevermögen der VertreterInnen von NASVI. Nur durch die Gründung einer landesweiten Organisation war es möglich, die Ressourcen zu bündeln, um über mehr als zwei Jahre den nötigen politischen Druck auszuüben. Darüberhinaus kam für die nationalstaatliche Legislative nur eine Vertretung auf nationaler Ebene als Ansprechpartnerin in Frage. Der Erfolg ist unumstritten: Seit der Verabschiedung der nationalen Richtlinie müssen sich alle lokalen Verwaltungen an die neuen staatlichen Vorgaben halten. Dennoch hapert es gelegentlich an der Umsetzung der Vorgaben. Auch hier benötigt es kontinuierlichen Druck seitens der Betroffenen, um die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Druck, der nur über NGOs wie NASVI aufgebaut und aufrechterhalten werden kann.

Auch für lokal agierenden StraßenhändlerInnen war die Vernetzung in

großen Zusammenschlüssen von zentraler Bedeutung. Überregionale Netzwerke können professioneller agieren und sowohl gegenüber lokalen Verwaltungen als auch staatlichen PolitikerInnen selbstbewusster auftreten. Während Organisationen auf lokaler Ebene oft anlässlich akuter Problemsituationen entstehen und nach der Lösung des Problems zu zerfallen drohen, können große Netzwerke an langfristigen Lösungen arbeiten.

Stark durch globale Vernetzung

Sibailly Maximilien Douhouré ist Koordinator für West- und Zentralafrika bei *StreetNet International*. Er verweist auf die Rolle, die internationale Plattformen bei dem Aufbau nachhaltiger Organisationsstrukturen leisten können: „Entscheidend für unsere Strategie ist, dass Organisationen gegründet werden, die Verhandlungen führen können. Daher haben wir angefangen, die Mitglieder von *StreetNet* in diesem Bereich zu schulen. Unsere Verhandlungspartner sind Behörden auf kommunaler und staatlicher Ebene. Was wir konkret und kurzfristig machen, ist Mitgliederorganisationen jene notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, die sie für die Verhandlungen mit diesen Behörden benötigen.“

Für Pat Horn, Mitbegründerin von *StreetNet*, ist die Bedeutung internationaler Unterstützung einer der wichtigsten Gründe dafür, sich international zu organisieren:

„Wenn die VerkäuferInnen mit ihren Unterstützungserklärungen zur Stadtverwaltung gehen, macht das großen Eindruck auf die Behörden. Sie realisieren, dass sie es nicht nur mit einer Gruppe marginalisierter VerkäuferInnen zu tun haben, sondern mit international organisierten Leuten. Das macht einen wesentlichen Unterschied aus, wenn es darum geht, die VerkäuferInnen ernst zu nehmen.“

So selbstverständlich die Bedeutung von Vernetzung auch ist: Gerade für ArbeiterInnen in den informellen Ökonomien ist es oft besonders schwierig, sich in großen Netzwerken zusammenzuschließen. Prekäre Arbeitsbedingungen und denkbar schlechte rechtliche Rahmenbedingungen sind dabei die größten Hürden – nicht zuletzt auch für prekär Arbeitende in Europa. Wie wichtig Internationalisierung gerade in prekären Arbeitsverhältnissen ist, zeigt die Erfahrung von StraßenhändlerInnen.

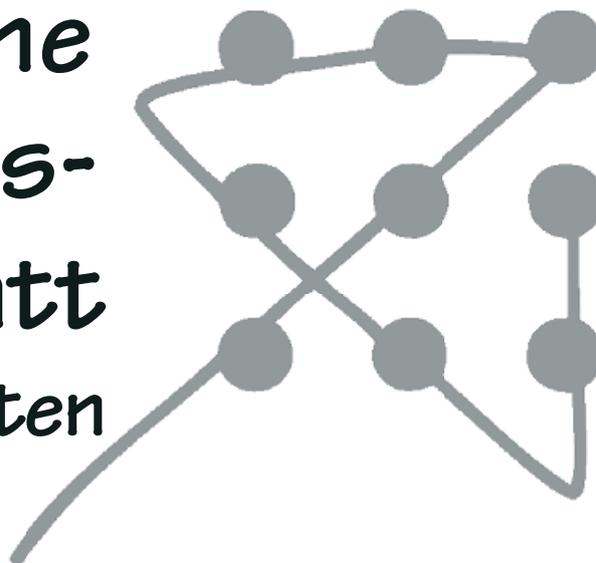
Weitere Informationen:

www.streetnet.org.za
www.nasvnet.org
www.inclusivecities.org

Diese Nachlese basiert auf der *Radio Stimme*-Sendung vom 6. Oktober 2009, abrufbar im Sendungsarchiv www.initiativeminderheiten.at

Alexandra Siebenhofer
 ist Redakteurin bei Radio Stimme.

die grüne bildungs- werkstatt minderheiten



<http://minderheiten.gbw.at> | minderheiten@gbw.at
 Lindengasse 40 | 1070 Wien

An Dr. Michael Oertl, Initiator der *Initiative Minderheiten*

LIEBER MICHAEL,

Du würdest mich um meinen Schreibtisch beneiden, nicht weil er so groß ist – wegen der herrlichen Aussicht: die Hagia Sophia, Blaue Moschee, aufs Goldene Horn, den Bosphorus ... Davor war ich zum Frauen-Kongress an der Universität Izmir eingeladen, der konkrete Anlass, dass ich jetzt wieder, heuer bereits zum dritten Mal hier bin. Der allgemeine Grund: Heimweh nach meiner zweiten Heimat, der Türkei, wie eben auch erst vor einem Monat, als Brigitte und ich in Kappadokien waren, ein unvergesslicher Eindruck von Landschaft und frühchristlicher Kultur!

Eben erklingt von allen Seiten der *Ezan*, der Gebetsruf, vermischt durch zeitliche Unterschiede und Entfernungen, ein auch musikalisches Erlebnis! Letztes Jahr endlich, nach etlichen vergeblichen Versuchen gelang mir eine geeignete Tonaufnahme, aus der Christine Köck und ich interreligiöse Musik mit dem Anliegen und Motto „Muezzing Gesang und Glockenklang“ zusammenbastelten, Du verstehst die Anspielung! Beim Kongress ging es um die Rechte der Frau, ihre Kultur, Mode... und Literatur, um das Werk einzelner Autorinnen wie Mascha Kaleko, Emine Sevgi Özdamar... Ich sollte über mein Verlagsprogramm, EYE, Literatur der Wenigerheiten, berichten und daraus vorlesen.

Zur aktuellen Thematik suchte ich nach dem Frauen-Anteil in unseren Publikationen und kam auf unerwartete 60 Prozent. Ich las Lyrik von Mascha Kaleko, Ceija Stojka, die inzwischen den Prof. hc. verliehen bekommen hat – Herzliche Glückwünsche! –, von Fatma Heinschink, in der Nähe von Izmir in einer Roma-Familie aufgewachsen, Gülay Elbay von der Insel Burgaz, Ruth

Maria Schanovsky, Maria Luise Habicher und von Absolventinnen, Lyrikerinnen des Österreichischen St. Georgskollegs, wo ich wieder Gastfreundschaft genießen darf, von Didem N. Saydamoğlu, Neda Bakır, Selin Prakash Özer und von Beki L. Bahar, Sara Benveniste Bebrej, Rita Gabbai Simatov, Ester Morguez Algrante, türkisch/sefardischen Dichterinnen.

Ich trug auch Gedichte von unserer Yeliz Dağdevir, Traude Korosa, Barbara Hundegger, Grid Marrisonie vor. Referenten und Publikum waren international, auch aus Afrika. Das hätte Dich sicher sehr gefreut – ich kenne ja Deine Liebe zu Afrika. Das wird nun etwa mein 40. „Brief aus (oder nach) Istanbul“. In dieser Nummer soll es um Glückwünsche gehen: Ich beglückwünsche mich, dass ich Dich kennen gelernt und in Dir einen nach allen Seiten offenen, liebenden Menschen und Freund gefunden habe.

Dass Du die *Initiative Minderheiten* ins Leben gerufen hast, hat auch mein Leben maßgeblich beeinflusst, nicht nur, dass ich Zugang zu Wenigerheiten-Autor/innen bekam, interessante Menschen kennenlernte; so manches inhumane Vorurteil konnte ich ablegen, etwa gegen Homosexualität. Da sollten noch einige in die Kur genommen werden, wie vor kurzem in den Medien lautstark hin und her „artikeliert“ wurde! Das Programm der *Initiative Minderheiten*, Respekt allen Menschen gegenüber, welcher Abstammung, Religion und was immer es an Unterschieden gibt, ist inzwischen auch mir aus dem Herzen geschrieben und zu einem Prinzip geworden.

Die Anthologie „Österreichische Lyrik – und kein Wort Deutsch“, 1990, und die Neu-

auflage „Neue ...“, 2008, tragen ebenfalls deutliche Spuren Deiner Initiative, unserer *Initiative Minderheiten*, und ich danke für die hilfreiche Unterstützung bei der Recherche, besonders Yeliz. Jetzt besuche ich gleich Dr. Oğuz Uğur Olca, einen türkischen Wenigerheiten-Aktivist, hauptamtlich Rechtsanwalt, Kämpfer, seiner Berufsbezeichnung entsprechend, für die Rechte von Roma, Kurden und Armeniern. Den solltest Du kennen lernen, Ihr würdet an einander viel Verwandtschaftliches entdecken! Wieder ertönt der *Ezan*, diesmal ein anderes Hörerlebnis, vielleicht durch geänderte Windverhältnisse.

Ich sitze also schon ganz schön lang an meinem Brief an Dich, aber wir plaudern ja gern mit einander. Sonst ist auch viel los: Ich habe meine Malsachen und einen etwas schwierigen, langen Text zur Bearbeitung mitgenommen und an meinem Kreuzweg auf der Insel Burgaz möchte ich weiterarbeiten. Um halb neun abends treffe ich Dr. Robert Schild, einen aschenasischen Juden, einst Schülervater, der mir bei der sefardischen Anthologie, „Sandverwehte Wege“, EYE 2002, unverzichtbar zur Seite stand, einer Sammlung von Gedichten spanischer Juden, deren Ahnen 1492 von den katholischen Königen aus Spanien vertrieben wurden und im Osmanischen Reich Aufnahme fanden. Schön, dass wir uns knapp vor meiner Abfahrt in die Türkei noch getroffen haben, ich hoffe bald wieder!

Liebe Grüße, viel Erfolg und Glück bei all Deinen Aktivitäten!

Gerald Kurdoğlu Nitsche



MAHNERIN GEGEN INTOLERANZ UND KRIEG

Ceija Stojka erhielt den Berufstitel Professorin

Am 16. Oktober wurde die wohl bedeutendste österreichische Romakünstlerin Ceija Stojka durch die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Claudia Schmied, zur Professorin ernannt. Die Autorin, Malerin und Überlebende mehrerer Konzentrationslager macht ihre Lebensgeschichte zum Thema ihrer Werke und tritt seit Jahren als engagierte Zeitzeugin auf.

Die verliehene Auszeichnung ist eine Würdigung von Ceija Stojkas Einsatz für Roma, für Akzeptanz Fremder und gegen Vorurteile. Es ist aber auch die Anerkennung einer Frau, die schon früh politisch verfolgt wurde, Familienmitglieder im Nationalsozialismus verlor und trotzdem mit Mut und Kraft für Toleranz und Offenheit Österreichs gegenüber den ansässigen Minderheiten kämpft. Bundesministerin Dr. Claudia Schmied selbst hielt die Laudatio. Sie betonte die Bedeutung des Schaffens von Ceija Stojka, ihr politisches Engagement sowie gleichermaßen ihr künstlerisches Werk.

Das Besondere an dieser Titelverleihung wird vor allem dann offensichtlich, wenn man bedenkt, dass es sich bei Ceija Stojka um die erste österreichische Romni handelt, der diese Würde zuteil wird. Professorin Stojka hat bereits mehrere Preise erhalten, darunter den Bruno Kreisky Preis oder das Goldene Verdienstkreuz des Landes Wien. Diese Auszeichnung jedoch ehrt das gesamte Wirken der Autodidaktin.

Eine Welt voller Symbole

Ceija Stojka gelingt die Bewahrung der Roma-Traditionen auf der einen und die Öffnung gegenüber der Welt der „Gadje“ auf der anderen Seite. Wie in der filmischen Biografie von Karin Berger „Ceija Stojka – Porträt einer Romni“ zu sehen ist, lebt sie in einer Welt voller Symbole. Auf ihrem Balkon wächst Essbares und Zierendes, der „Wald der Roma“. In einem Blumenstock ist ihr verstorbener Sohn Jano präsent. Die Anhänger einer Halskette, Geschenke der Familienmitglieder, sind Amulette, getragen zum Schutz und zur Erinnerung,

auch gekocht wird nach den den Roma-Traditionen. Den wesentlichsten Anlass zur Freude bietet jedoch das Beisammensein mit ihren Kindern und Enkelkindern.

Es ist ihre Liebe zu den jungen Menschen, die Frau Professor Stojka motiviert, vor SchülerInnen und StudentInnen über ihre leidvolle Vergangenheit, den Tod zahlreicher Familienmitglieder, die schrecklichen Erlebnisse in den NS-Konzentrationslagern zu sprechen.

Der Umgang einer Gesellschaft mit ihren Minderheiten ist ein Maßstab für ihre Toleranz, für ihre Lebensqualität. Selten wurde ein Berufstitel angemessener verliehen, denn der vorbildliche Kampf von Professorin Stojka ist ein Kampf für die Roma und für Österreich.

Christian Schweizer



ENDE OKTOBER 2009, UNIVERSITÄT WIEN

Erwin Riess

Ist ein Volk in Ruhe, glaubt man nicht, dass es je in Bewegung gerät. Ist ein Volk einmal in Bewegung, glaubt man nicht, dass es je zur Ruhe kommt.

La Bruyère

Auf dem Gang vor dem Auditorium Maximum herrschte reger Betrieb. Studierende strömten aus dem Hörsaal, man hörte Pfiffe und lautes Klatschen, dann wurde die Tür wieder geschlossen. Leger gekleidete junge Leute bildeten auf dem Gang kleine Gruppen, in denen die Ergebnisse der Plenarberatungen diskutiert wurden. Die Besetzung des großen Hörsaals ging in die zweite Woche. Das Medieninteresse war enorm; ausländische Zeitungen und Fernsehstationen berichteten laufend über den Aufstand der Studierenden, die nicht nur für menschenwürdige Studienbedingungen, sondern auch für soziale Gerechtigkeit in anderen Bereichen der Gesellschaft eintraten. Unter anderem forderten die Besetzer und Besetzerinnen ein Ende rassistischer Diskriminierung und die Barrierefreiheit der Hochschulen ein. Ein diesbezügliches Versprechen war zwar schon vor zehn Jahren gegeben und bei Regierungsbildungen immer erneuert worden, geschehen aber war nichts. In mehr als 70 Prozent der Vorlesungen und Übungen blieb behinderten Studierenden der Zutritt verwehrt. Für Rampen, Hebeplattformen, Lifte und Behindertentoiletten wollten oder konnten die Universitätsverantwortlichen kein Geld ausgeben.

Zwar wohnte Groll in der Arbeitervorstadt Floridsdorf, was in der Innenstadt auf der Uni geschah, verfolgte er dennoch

mit Interesse und Sympathie. Als er von der Forderung nach Barrierefreiheit hörte, stand sein Entschluss fest: Er würde die gerechte Sache mit einer Geste der Solidarität unterstützen. Er kochte einen großen Topf Fischsuppe, ließ sich von einem befreundeten Weinbauer mit dem Traktor zur Uni chauffieren und baute vor dem Audi Max einen Stand auf, wo er die Fischsuppe gegen einen Solidaritätsbeitrag von einem Euro ausschenkte. Der Betrag kam zu neunzig Prozent den Besetzern und Besetzerinnen zugute, die restlichen zehn Prozent kamen in einen Fonds, aus dem Kurierfahrten der Studierenden zu ihren ebenfalls kämpfenden Kommilitonen und Kommilitoninnen in den Landeshauptstädten finanziert werden sollten.

Fünf Portionen Suppe hatte Groll bereits ausgeschenkt, da verweigerte er dem sechsten Interessenten die Schüssel. Es handelte sich um Grolls Freund aus Hietzing, den Dozenten. Er sei weder Student noch Besetzer, erklärte Groll, er solle sich seinen Wanst gefälligst in Hietzinger Millionärsausspeisungen vollschlagen. Er, Groll, habe Kenntnis davon, dass es bereits Dutzende Massenausspeisungen für Hietzinger Millionäre im dreizehnten Bezirk gebe. Mit Trüffeln und Kaviar gefüllte Erdäpfel und Knackwürste, die mit San Daniele-Schinken gespickt seien, würden dort ausgeschenkt.

„Was für ein haarsträubender Unsinn“, erwiderte der Dozent. Ähnlichen Unsinn würden die Studierenden im Audi Max verzapfen. Wer zehn illusorische Forderungen aufstelle und diese noch mit dem Zusatz, sie seien nicht verhandelbar, versehe, sei nicht ernst zu nehmen. Auch dass die

Besetzer und Besetzerinnen jede Kleinigkeit im Kollektiv besprächen und keine gewählten Führer hervorbrächten, sei ein Bruch mit den politischen Gepflogenheiten.

Da habe er recht, erwiderte Groll. Radikale Demokratie sei tatsächlich ein Bruch mit den undemokratischen Gepflogenheiten im Filz von Parteien, Staats- und Universitätsbürokratie. Und dass die Streikenden ihre Forderungen für sakrosankt erklärten, könne so falsch nicht sein, sonst hätte der Wissenschaftsminister nicht plötzlich Geld aus dem Hut gezaubert.

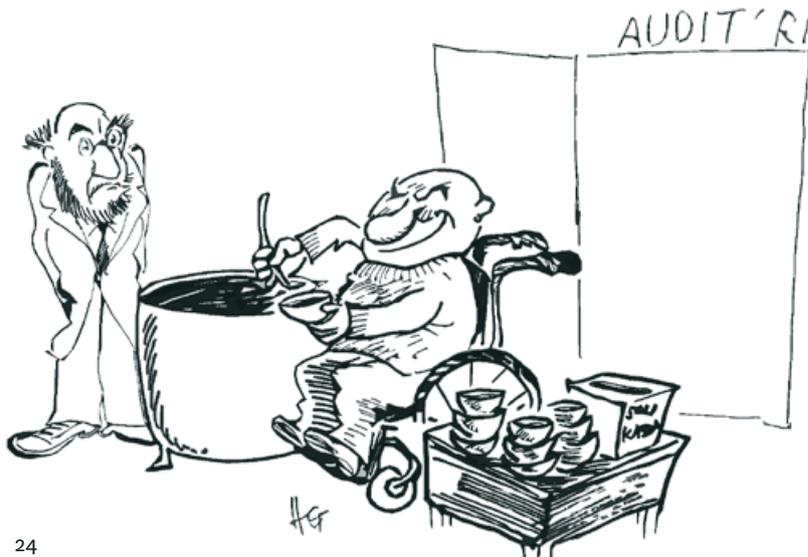
„Er gibt seine ‚persönliche Ministerreserve‘ frei, sagte Hahn. Eine bodenlose Frechheit, das Geld gehört ja den Steuerzahlenden und nicht den Politikern und Politikerinnen. Und dann forderte der Minister noch, dass jeder der 34 Millionen Euro in den Hörsälen ankommen müsse. Jeder Euro! Auch aus diesem Grund bin ich hier“, sagte Groll. „Sie meinen doch nicht etwa ...“

„Auf das Ministerwort des edlen Herrn Hahn vertrauend, meine ich, dass demnächst 34 einzelne Euro Münzen im Audi Max verteilt werden, der Minister sprach ja ausdrücklich von jedem Euro, der hier ankommen müsse. Bei 34 Millionen Münzen bin ich zuversichtlich, dass auch für mich der eine oder andere Euro abfallen wird. Womit ich das Geld für die Fische und deren Zubereitung wieder herinnen hätte.“

„Sie reden ja wie ein Kriegsgewinnler“, rief der Dozent.

„Unsinn“, erwiderte Groll. „Ich trage meinen Teil dazu bei, die zehn unverhandelbaren Punkte der Studierenden mit Leben zu erfüllen. Fischsuppe gegen Euros, Solidarität für die Sache der Studierenden gegen Solidarität mit der Sache der behinderten Menschen. Eine kühne, eine hierarchiefreie, eine revolutionäre Form von Politik.“

Nachdem Groll dem Dozenten noch eine Solidaritätsspende von zehn Euro abgetrotzt hatte, setzte er den Ausschank der Fischsuppe fort. Über deren Qualität waren die Studierenden voll des Lobes. Nicht nur, dass sie drei Sorten Fisch – Zander, Hecht und Karpfen – beinhaltete, sie war auch so scharf, dass sie kompromisslerische und defätistische Haltungen für Wochen vertrieb.



Jessica Hausners „Lourdes“ wurde heuer in Venedig mit dem FIPRESCI-Preis sowie kürzlich mit dem Wiener Filmpreis 2009 ausgezeichnet.



Kultur schafft FILMWELTEN



Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny: „Wien fördert Film und Kinos mit 16,5 Millionen Euro jährlich.“

**Wien.
Für Dich.**

Auslandsoscar 2008 für „Die Fälscher“, Goldene Palme 2009 für „Das weiße Band“ – der österreichische Film sorgt international für Furore.

Wien trägt der Bedeutung des Films als wesentliche Kunstform des 20. und 21. Jahrhunderts Rechnung“, sagt Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. Im vergangenen Jahr wurde dazu ein umfassendes Filmpaket für 2009 und 2010 geschnürt. Damit beträgt das jährliche Budget für Film- und Kinoförderung der Stadt 16,5 Mio. Euro, statt zwölf Mio. Euro. Erstmals findet sich darin eine Fernsehfilmförderung von 1,5 Mio. Euro pro Jahr. Gleichzeitig wurde der Filmfonds Wien – eine der

höchsten Regionalfilmförderstellen – für 2009 auf neun und für 2010 auf zehn Mio. Euro erhöht. Heuer wurde auch die Vienna Film Commission ins Leben gerufen. Sie bewirbt den Drehort Wien und ist Ansprechpartnerin für (inter-)nationale Filmproduktionsfirmen.

Erfolgreiche Filme aus Österreich

„Das weiße Band“, Michael Haneke – Goldene Palme, Cannes 2009
„Die Fälscher“, Stefan Ruzowitzky – Auslandsoscar 2008
„Revanche“, Götz Spielmann – Oscarnominierung 2009
„Men without women“, Shirin Neshat – Silberner Löwe, Venedig 2009
„Lourdes“, Jessica Hausner – FIPRESCI-Preis Venedig 2009, Wr. Filmpreis 2009

Wien im Film: Von 25. 12. 2009 bis 7. 1. 2010 zeigt das Votivkino eine Schau ausgewählter Filme mit Wienbezug des vergangenen halben Jahrhunderts – von „Wienerinnen“ (K. Steinwendner, 1952) über „Die Klavierspielerin“ (M. Haneke, 2001) bis „Herzausreißer“ (K. Berger, 2008). www.votivkino.at

Stadt Wien
Wien ist anders.



Illustration: Peja Dimitrova

RAIMAN FÄHRT ZUG

Vlatka Frketić

Raiman glaubt es nicht. Es ist sieben Uhr fünfundfünfzig. In zwanzig Minuten fährt sein Zug. Keine Chance. Schnell ruft er seinen Kollegen an und teilt ihm mit, er komme mit dem Zug, der eine Stunde später abfährt. Mit dem Taxi ist Raiman schnell am Bahnhof. Dort angekommen steigt er in den Zug und macht es sich bequem. Ein aus dem Nichts kommendes Gefühl sagt ihm aber, er sitze im falschen Zug. Falsch im Sinne der Abfahrtszeit. Richtig im Sinne des Zielortes. Als er den im Sinne der Abfahrtszeit richtigen Zug am Nebengleis abfahren sieht, kommt das erste: „Warum ich? Warum passiert das gerade mir?“ des Tages.

Raimans Zug fährt erst in 20 Minuten ab und fährt noch dazu länger. Dann auch noch die Meldung: „Wegen eines Triebwerkschadens verzögert sich die Abfahrt um zehn bis fünfzehn Minuten.“ Raiman sackt innerlich zusammen. Zu spät. Zu spät. Er denkt an das Gesetz, nach dem es immer schlimmer wird, egal wie ausweglos die Situation auch sein mag.

Naja, zumindest hat er so mehr Zeit für seine Kolumne, mit der er wieder einmal zu spät dran ist. Immer wenn die Dinge so laufen wie an diesem Tag, denkt sich Raiman, er müsse sich etwas Besonderes gönnen. Diesmal würde das Besondere in einem Gourmet-Frühstück liegen. Das teuerste Zugfrühstück. „Wir haben leider

nur das Express-Frühstück.“ Naja! Auch mit diesem ist er zufrieden.

Nach kaum dreißig Minuten Fahrt hält der Zug mitten auf der Strecke. Ob das etwas mit dem Gestank nach brennenden Reifen zu tun hat? Die Durchsage klärt alle Zweifel: „Wegen eines Bremsdefekts wird die Fahrt für zehn Minuten unterbrochen.“ Jetzt ist es klar, dass sich alle Mächte gegen Raiman verbündet haben. Und wieder der Gedanke des Tages: „Warum ich? Warum passiert das gerade mir?“

Als er am Morgen zum Bahnhof kam und am Schalter weitschweifig erklärte, seine Vorteilskarte, mit der er für alle Zugfahrten im Land fast fünfzig Prozent weniger zahlte, sei seit Mai nicht zugestellt worden, begann Raiman an seinen rhetorischen Fähigkeiten zu zweifeln. Der Umstand, dass jetzt November ist und Raiman schon lange hätte melden müssen, dass die Karte nicht angekommen sei, machte die Sache nicht einfacher.

Während der Mann am Schalter wegen Raimans Vorteilskarte telefonierte, rief jemand von hinten: „Wo stehen Busse nach Bulgarien?“ Ein Bahnangestellter fragte zurück: „Nach Wörgl?“ „Nach Bulgarien!“ Derselbe Bahnangestellte: „Hier nix Autobus. Hier Zugbahnhof!“ Dabei hob er seine Schultern, kreiste kurz mit ihnen, um dann beide Arme seitlich, fast bis zur Horizontale anzuheben, am höchsten Punkt die

Handflächen nach oben zu drehen, ein paar Mal zu wippen und wieder zu senken. Er sah aus wie ein Hampelmann, der mit hochgezogenen Augenbrauen ständig wiederholte: „Hier nix Autobus. Hier Zugbahnhof.“ Raiman dachte sich gerade, warum er Zugbahnhof und nicht nur Bahnhof sagte, als er hinter sich hörte: „Was? Was?“

Er drehte sich um und sah den Mann, welcher nach Bussen nach Bulgarien gefragt hatte, die Bewegungen des Bahnangestellten nachmachen. „Was? „Was?“

Du kannst mich mal mit deinem Kreisen und Heben der Schultern und auch mit den hampeligen Bewegungen deiner Arme. Du willst mir sagen, hier bist du total falsch. Vielleicht wärst du richtiger, wenn du mit etwas weniger Akzent und mehr Grammatik nach den Bussen nach Bulgarien fragen würdest.

So viel Interpretation in so wenig Bewegung. Herr Zugbahnhof, so hatte Raiman die Bahnangestellten benannt, erstarrte fassungslos. Dann begannen seine Schultern ohne Kontrolle zu zucken, er drehte den Kopf nach rechts und nach links, suchte nach Bestätigung, nach Bezeugung dieser Unverschämtheit. Aber der nach den Bussen nach Bulgarien Fragende war schon weg. Zu spät.

Zu spät. Raiman war zu spät dran. Es fehlte ihm eine Stunde. Nur eine einzige Stunde.

IMMER NOCH KEINE ADRESSE IN DEUTSCHLAND?

Gabriele Dietze, Claudia Brunner, Edith Wenzel (Hg.):
Kritik des Okzidentalismus.
Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht
 Transcript Verlag: Bielefeld 2009
 313 Seiten, € 29,80
 ISBN 978-3-8376-1124-3

Das im vorliegenden Buch zum Ausgangspunkt gemachte Okzidentalismus-Konzept stützt sich auf einen 1996 erschienenen Text von Fernando Coronil, der 2002 in Deutsch erschien. Mit Übersetzungen, Transfers und Überlappungen zwischen Postcolonial Studies, Gender Studies, Critical Whiteness Theory und Queer Theory beschäftigen sich auch viele der Beiträge dieses Sammelbandes, der in der Nachfolge einer Konferenz des umtriebigen Berliner Graduiertenkollegs „Geschlecht als Wissenskategorie“ entstand. Unter Okzidentalismus werden Repräsentationspraktiken verstanden, die Differenzen produzieren, essenzialisieren und hierarchisieren. Dieses Konzept auf einen deutschsprachigen Kontext anzuwenden und es dabei mit Gender und Queer Studies zu verknüpfen ist das gelungene Ergebnis dieser Publikation.

Von den 17 Beiträgen, die nach theoretischen Einführungen in die Schwerpunkte „Okzidentalistische Praktiken der Gegenwart“, „Präsente Vergangenheiten“ und „Theoretische Nachbarschaften“ unterteilt sind, möchte ich einige herausgreifen, die sich besonders mit Überschneidungen von Machtverhältnissen beschäftigen.

Anette Dietrich widmet sich in einer historischen Untersuchung den Debatten der bürgerlichen, deutschen Frauenbewegung um Sittlichkeit und Sexarbeit und deren rassistischen und antisemitischen Implikationen. Dabei thematisiert sie die Übertragbarkeit postkolonialer Theorien auf einen deutschsprachigen Kontext, die die Gefahr einer Ausblendung von Antisemitismus in sich trage. Diese Frage wird auch in Ina Kerners Auslotung von Potenzialen und Überschneidungen zwischen feministischen Theorien, Critical Whiteness Studies und Postcolonial Studies behandelt.

Die Frage „Immer noch keine Adresse in Deutschland?“ stellt Yasemin Yıldız in ihrer Untersuchung von Adressierungsstrategien zwischen Marginalisierung und Festschreibung. Daniela Marx geht von einer „(Re-)Formulierung einer westlich-abendländischen Identität, die sich explizit

über die Schließung gegenüber dem Islam und Muslim_innen als ‚das orientalische Andere‘ konstituiert“. Geschlechterverhältnisse dienen dabei als „Katalysator“, um diese Differenz zu reproduzieren. Marx untersucht verschiedene Strategien in deutschen und niederländischen feministischen Medien und zeigt, dass neben der Konstruktion des Islam als pauschal patriarchal (vor allem in den auflagenstärksten Zeitschriften *Emma* und *Opzij*) auch andere Strategien der Universalismus- und Eurozentrismuskritik bestehen, die jedoch einer dichotomen Unterscheidung zwischen „westlich-abendländisch“ und „muslimisch“ ebenso nicht entkommen.

Kien Nghi Ha und Schirin Amir-Moazami untersuchen die Verwendung der Begriffe „Integration“ und „Toleranz“. Ha verortet „Integration“ als Teil eines Regulierungsdiskurses. Dieser folge einer kolonialen Logik in der „Integration als Akt der politischen Kontrolle, kulturellen Überprüfung und juristischen Zertifizierung“ vor allem auf die „effiziente und reibungslose Verwertung nützlicher ArbeitsmigrantInnen“ gerichtet ist. Am Beispiel der Deutschen Islamkonferenz theoretisiert Amir-Moazami Toleranzdiskurse als einen „Bereich von Disziplinierung und Subjektivierung“. Als Machttechnologie produzieren diese einerseits einen „Gestus der Gastfreundschaft“, zum anderen „MuslimInnen als Problem“, was die Autorin insbesondere am Beispiel der Debatten um Koedikation im Sport- und Schwimmunterricht darlegt.

Während die bisher besprochenen Beiträge sich der Analyse und Dekonstruktion okzidentalistischer Diskurse widmen, stellen Nanna Heidenreich und Serhat Karakayalı die Frage nach politischen Handlungsmöglichkeiten. Sie gehen davon aus, dass Feminismus und *LGBT-Rights* im westlich-abendländischen Kontext als „Besitzstand“ funktionieren und als „demokratische Errungenschaft“ in Widerspruch zu „den muslimischen Anderen“ gesetzt werden. Dieser Prozess wird begleitet von einer Unsichtbarmachung (migrantischer) feministischer Kämpfe, da diese Errungenschaften ja gerade nicht



das Ergebnis der Bemühungen derjenigen sind, die, so gerne darauf verweisen, um Ausgrenzungspolitiken zu betreiben. Mögliche Strategien sehen Heidenreich und Karakayalı darin, nicht für einen abstrakten „Demokratie“-Begriff, sondern für konkrete Rechte einzutreten und „Aspekte der Emanzipation nicht gleichsam verloren zu geben, weil sie vereinnahmt wurden“, sondern die Perspektive einer „Wieder-Vereinnahmung“ vor Augen zu haben.

Fußnote:

Coronil, Fernando (2002): *Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien*. In: Conrad, S., Randeria, S. (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Campus Verlag: Frankfurt a.M.: S. 176-219.

Renée Winter

VON UNRECHTSGESETZEN UND KONTINUITÄTEN

Claudia Andrea Spring: *Zwischen Krieg und Euthanasie.*

Zwangssterilisationen in Wien 1940-1945.

Böhlau Verlag: Wien et al. 2009

336 Seiten; € 35,00

ISBN 978-3-205-78321-3



Es ist nicht gerade einfach, eine Rezension zum Thema Zwangssterilisationen in der NS-Zeit zu schreiben... Vermutlich auch nicht gerade einfach, eine Dissertation bzw. ein Buch dazu zu schreiben. Claudia Andrea Spring hat das dennoch auf empfehlenswerte Art und Weise getan.

Allein die Auseinandersetzung mit Begriffen und Herangehensweise bedarf einer hohen Reflexionsfähigkeit, die eigentlich spätestens in der Schule initiiert werden sollte, aber meistens – da der Staat seine diesbezüglichen Pflichten gerne verabsäumt – individuell oder auf Initiative von NGOs und einzelnen Gruppen stattfindet. Beim Lesen und Schreiben stellen sich unzählige Fragen: Verwende ich die Nazi-Begriffe oder nicht? Und wenn doch, wie verwende ich sie? Was ist das Unbehagen dabei und wie damit umgehen? Schützt ein distanzierter wissenschaftlicher Schreibstil? Wen und wovor? Was bedeutet es, aus den akribisch zusammengestellten Daten der NS-Maschinerie eine quantitative

Untersuchung zu machen? Wie mit der Gefahr umgehen, die damalige Wertung eines Menschen zu reproduzieren? Wo haben sich bis heute nationalsozialistische Werte weitertradiert? Mit welchen Auswirkungen?

Im NS-Regime wurden Menschen nach rassistischen und antisemitischen Kriterien kategorisiert, verfolgt und ermordet. Als *arisch*¹ kategorisierte Personen wurden nach ihrer *Verwertbarkeit* für den NS-Staat eingeteilt und – wenn sie dieser Ideologie nicht standhalten konnten – ebenfalls verfolgt und ermordet. Als *arisch* und *verwertbar* geltende Personen wurden systematisch auf ihre *Erbgesundheits* hin untersucht und, wenn sie als *erbkrank* galten, zu Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch gezwungen. Grundlage dafür war das *Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses* (GzVeN), das im Jänner 1940 in der *Ostmark* implementiert wurde. Also zu einer Zeit, in der sich der Krieg gerade ausbreitete und die NS-Euthanasie bereits in Vorbereitung war. Viele wurden danach für weitere wissenschaftliche Versuche missbraucht, von denen die Ärzt_innen und die heutige Medizin (u.a. Gynäkologie) profitier/ten. Gleichzeitig war selbstbestimmte Sterilisation von als *erbgesund* befundenen Personen verboten. Es gab die Möglichkeit, Einspruch gegen die Zwangskastration zu erheben und vor das *Erbgesundheitsobergericht* zu gehen, welche auch von einigen genutzt wurde.

Claudia Spring recherchierte und archivierte die GzVeN-Akten in Wien, was allein schon eine Geschichte (mit Hindernissen) für sich ist. Sie stellt die Hintergründe und Ergebnisse ihrer quantitativen und qualitativen Analyse dar, wobei sie einen großen inhaltlichen Bogen spannt von Sprachgebrauch und Datenhintergründen über Schwierigkeiten einer solchen quantitativen Analyse und Widerständen und Beschwerdeverfahren gegen die Zwangsurteile bis hin zu Kontinuitäten, Karrieren und Ausgrenzungen nach 1945.

„Zwischen Krieg und Euthanasie“ handelt von Unrechtsgesetzen, staatlich veran-

kerter *Ver-Wertung* von Menschenleben, von penibler Ausübung von Gesetzen und Kann-Bestimmungen und von institutioneller Gewalt, die sich in Körper schrieb, und das – als Kontinuität postnationalsozialistischen Denkens – noch immer tut, wenn als behindert oder trans* deklarierte Menschen auch heute noch zwangssterilisiert werden. Das Buch handelt auch von jahrzehntelanger Nichtanerkennung als NS-Opfer, von Straffreiheit und Karrieren und stellt eine wichtige Aufarbeitung verdrängter österreichischer und Wiener Geschichte dar: Ein weiterer Mosaikstein der zähen Kämpfe um Wissen und Sichtbarmachung der NS-Tötungs- und -Zurichtungsmaschinerie.

Fußnote:

¹ „Viele Worte wurden nicht durch neue Begriffe ersetzt, um keine neuerlichen Kategorisierung von Menschen vorzunehmen, sondern vielmehr als Termini technici verwendet und kursiv gesetzt, aber auch, wo dies sinnvoll und möglich erschien, mittels Umschreibungen vermieden.“ (Spring: 30) Dieser Strategie habe ich mich in der Rezension angelehnt.

Persson Perry Baumgartinger

RASSISMUS VON BRASILIEN BIS ÖSTERREICH

Bea Gomes, Walter Schicho, Arno Sonderegger (Hg.):
Rassismus. Beiträge zu einem vielgesichtigen Phänomen.
 Mandelbaum Verlag: Wien 2008
 200 Seiten, € 14,00
 ISBN 978-38576-238-6

Rassismus ist seit jeher ein globales Phänomen. Er ist aber auch ein vielgesichtiges Phänomen, das in seinen unterschiedlichen Derivaten, in verschiedenen Kontexten andere Formen angenommen hat. Es gibt also viele Rassismen. In Folge dessen spannt der vorliegende Sammelband einen breiten Bogen zwischen Rassismus als politischem Kampfbegriff und Rassismus als analytischem Begriff, zwischen Geschichte und Gegenwart.

Im Beitrag von Henning Melber ist etwa zu erfahren, wie Kolonialismus und Rassismus im Geiste der Aufklärung zu Erblasten des heutigen Europas wurden. Denn rassistische Denkkonzepte der Gegenwart gehen bereits auf den Entdeckerdiskurs des 15. bis 17. Jahrhunderts zurück. In diesem Abschnitt des Buches beschreiben die Beiträge von Bea Gomes, Arno Sonderegger, Andreas Hofbauer und Antonio Sérgio Alfredo Guimarães, wie das „Entdecken“ von „Anderen“ zu ihrer oft eigentümlichen Kategorisierung geführt hat.

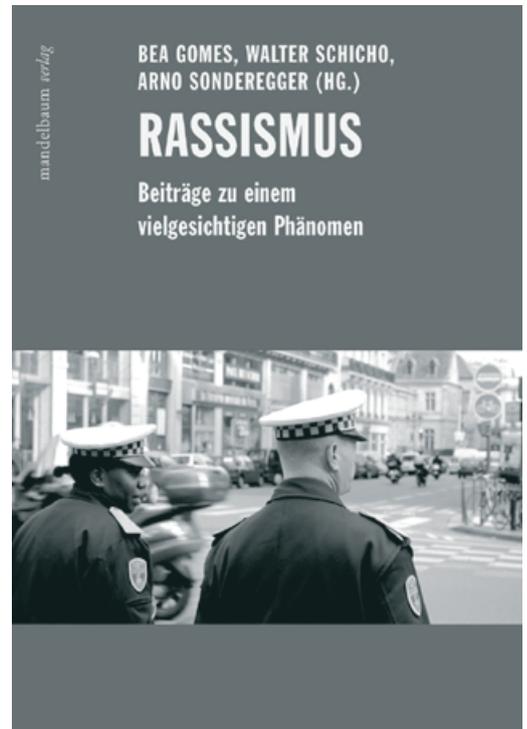
Wussten Sie etwa, dass man in Brasilien nicht „Schwarze“ von „Weißen“ unterscheidet? Man unterscheidet in Brasilien zwischen mehr als zehn „Farben“. Und es ist keineswegs gesagt, dass Schwarz die unterste Kategorie bildet. Ein europäischer Rassist wäre also in Brasilien ziemlich verloren. Gleichzeitig ist dem Buch zu entnehmen, dass Rassenkonzepte auch

dort funktionieren, wo stufenlos alle Hautfarben anzutreffen sind.

Zwar wird im Vorwort dieses Sammelbandes wieder einmal betont, dass die „Rassen“ im Jahre 1995 durch eine UNESCO-Erklärung endgültig für obsolet und unzulässig eingestuft wurden, doch wird es im Lauf der Lektüre einzelner Beiträge klar, wie hartnäckig sie sich in diversen Diskursen gehalten haben. Darüber hinaus ist der Rassismus keineswegs auf die Verwendung des Rassebegriffs angewiesen. Der Kultur-rassismus der Moderne funktioniert auch völlig ohne „Rassen“.

Bernhard Weidinger zeigt in seinem Beitrag, dass Rassismus keineswegs nur der politischen Rechten zugeschrieben werden kann, sondern auch linke Gruppierungen betrifft. Weidinger erläutert das Verhältnis von Rassismus, Antisemitismus und Israelkritik. Im Bereich des Religiösen, nämlich jenem des Islam, beschreibt der Islamforscher Rüdiger Lohker eine Debatte zwischen Verneinung und Akzeptanz, denn der Islam diskriminiert seiner Konzeption nach eigentlich nicht nach Hautfarben. Und doch lässt sich auch hier Rassismus diagnostizieren.

Rassismus ist selbst in der Entwicklungszusammenarbeit anzutreffen, wie Aram Ziai in seinem Beitrag darlegt. Umso wichtiger, das Phänomen Rassismus einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Genau das ist



das Anliegen dieses Sammelbandes, der einen weiten Bogen von Diskursen afrikanischer Intellektuellen zum Rassismus bis hin zu den rassistischen Konstrukten im politischen System Brasiliens wie in muslimischen und chinesischen Denkschulen zieht.

Aram Ghadimi

manches möglich machen ...

... wie die Erhaltung der wertvollen Bestände der Österreichischen Nationalbibliothek. Unter Kaiser Karl VI. erbaut, beherbergt der barocke Prunksaal heute rund 200.000 Bücher aus den Jahren 1501 bis 1850. Die Österreichischen Lotterien unterstützen die Erhaltung dieser historischen Kostbarkeiten.
www.lotterien.at

SPIELE MIT
Verantwortung



österreichische
LOTTERIEN



IM DEZEMBER 2009

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn unsere Anliegen wieder einmal von einer durch linkslinke Medien manipulierten Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden. Da schreiben sie groß von dem oder jenem, nur damit sie nicht über die wirklich wichtigen Sachen informieren müssen. Wie zum Beispiel die Eröffnung eines Denkmals für Jörg Haider in Klagenfurt, über die sie nur einen Einspalter gebracht haben.

Aber dass der Pandabär Fu Long wieder nach China zurückgekehrt ist, von wo er gekommen ist, hat tagelang ganze Zeitungsseiten gefüllt. Und nirgends ist gestanden, dass sich die Arigona an Fu Long ein Beispiel nehmen soll. Nein, hin und her haben sie gemenschelt, der Grünlinger hat sogar Weihnachten ins Spiel gebracht. „Das ist typisch für die Frau aus der Herrengasse!“, hat er geschrien, und der Genosse Rotlauf hat ihm gleich recht gegeben. Der Kommerzienrat Schwarzschanterl hat darauf verwiesen, dass Recht einfach Recht bleiben muss, auch wenn er bedauert, dass wahrscheinlich billige Arbeitskräfte abgeschoben werden. Sonst hat er ja nicht viel zu lachen gehabt – bei dem Trauerspiel, das die ÖVP Wien geboten hat.

Weil jetzt doch der Johannes Hahn nach Brüssel geht und nicht der Pater Willi, sind die Stadtschwarzen gehörig in Turbulenzen gekommen. Ein paar haben aufgezeigt und sind gleich innerparteilich abmontiert

worden. Geschafft hat es dann eine Frau Marek, die angeblich Staatssekretärin sein soll. Der Kamerad Brauntresch hat dazu gemeint, dass da eh alles wurscht ist und jeder Kandidat gegen seinen H. C. verlieren würde. Das war für den Grünlinger das Stichwort, wieder einmal seinen neuen Dauerspruch anzubringen: „Strachitis ist eine gefährliche Schädelkrankheit!“ Womit wir bei einem anderen Großthema des letzten Monats sind: der Schweinegrippe! Der Kommerzienrat hat bedauert, nicht in der Pharmabranche tätig zu sein, denn da gebe es eine gesicherte Rendite. Man braucht nur jedes Jahr eine neue Tiergruppe, der man die Grippe anhängen kann, und schon klingelt's in der Kassa. Einen Werbespruch habe er auch schon, so der Schwarzschanterl: „Impfen statt Schimpfen!“ Da hat er sich von den Werbeplakaten der ÖVP Wien inspirieren lassen.

Die Wien-Wahl im nächsten Jahr wirft schon ihre Schatten voraus. Auf den FPÖ-Plakaten schaut der dort unvorteilhaft abgebildete Bürgermeister Häupl ein bisschen wie Graf Dracula aus. „Ein Eigentümer!“, sind sich Kamerad Brauntresch und Genosse Rotlauf ausnahmsweise einmal einig, weil sie draufgekommen sind, dass die Jugendlichen im Moment ganz verrückt nach Vampiren sind, seit der Film „Twilight – New Moon“ alle Rekorde bricht. Der Rotlauf hat schon an die Löwelstraße geschrieben, man solle ein Gegenplakat mit dem Text „Wir haben Biss – SPÖ!“ affizieren. Er blickt zuversichtlich ins Jahr 2010, weil der Heinz Fischer

sicher wieder gewinnen wird. Auch wenn die Schwarzen angeblich den Hermann Maier aufstellen. Oder die Annemarie Pröll, wie der Schwarzschanterl hofft – dann wäre der Name Pröll doch noch zum Zug gekommen und der Dichand wieder zufrieden.

Sonst noch was? In Kärnten ist ein Känguru ausgerissen. Im Fußball gab es einen riesigen Wettskandal. Aber unsere Kicker sind davon nicht betroffen. Die könnten sich das ausgemachte Ergebnis nicht 90 Minuten lang merken, da sind wir uns einig. In Schönbrunn hat der erste Orang-Utan einen Facebook-Account erhalten. „Sehr, sehr spät“, gab sich der Grünlinger EDV-kritisch, „die anderen Affen waren viel früher dabei!“ Der Handball-Trainer Gunnar Prokop hat sich als echter Innenministerin-Gatte erwiesen und eine gegnerische Spielerin brutal gerammt. Der kleine Pröll und der Faymann haben Reden gehalten. Der vor einem Jahr geraubte Flick-Sarg ist wieder aufgetaucht. Die ÖH-Wahl an der Wiener Uni war wegen des E-Voting ungültig und muss wiederholt werden. Aber das ist kein Problem, denn die Studenten sind eh alle auf der Uni im Audimax, das gibt sicher eine hohe Wahlbeteiligung.

Ich war auch im Audimax, weil mir die Forderung „Reiche Eltern für alle“ gefallen hat. War eine echte Gaudi mit den jungen Menschen dort. Kurz habe ich sogar überlegt, auch eine kleine Rede zu halten. Bin aber dann doch ins Wirtshaus auf ein Viertel gegangen, weil sie mir den Senior-Studenten nicht geglaubt haben.

INFORMATION. ZUKUNFT. EUROPA.



Alles was Sie über Europa wissen wollen

www.zukunfteuropa.at

Die Europa-Website der Bundesregierung
Aktuelles, Aktionen, Broschüren, Links...

Ihre Fragen zu Europa beantwortet gerne das

Europatelefon 0800-22 11 11

Gebührenfrei, Montag bis Freitag 9 – 18 Uhr
oder per E-Mail europatelefon@bka.gv.at



Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 73
Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt
Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse:
Initiative Minderheiten
Gumpendorfer Straße 15/13
A-1060 Wien

